

Was tun gegen den Hass?

Friedrich Popp

Schleichend hat sich in den letzten Jahren die öffentliche Kommunikation verändert. In der Politik und in der Gesellschaft und vor allem in den sozialen Medien finden wir immer mehr Hasskommentare gegen einzelne Personen oder gegen Personengruppen. Das Phänomen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ greift immer mehr um sich. Manche Personen werfen im öffentlichen Umgang anderen Menschen oder ganzen ethnischen oder nationalen Gruppen disqualifizierende Begriffe an den Kopf, so dass danach eine „normale“ Kommunikation und „friedliche“ Auseinandersetzung gar nicht mehr möglich erscheint.

Mit diesen Zeilen geht es mir nicht um einen Appell nach mehr Harmonie im privaten oder im öffentlichen Feld nach dem Motto „Seid lieb zueinander!“. Überall gibt es unterschiedliche Meinungen und Konflikte, und das ist normal und auch in Ordnung. Konflikte können auch die Chancen für Veränderungen haben. Allerdings geht es um die Frage des „Wie?“, um die Frage „wie gehen wir miteinander um?“. Richtig streiten will gelernt sein.

Andere Meinungen zuzulassen und auszuhalten, gehört zur Meinungsfreiheit, sagt Dunja Hayali. Im Idealfall könnte ich noch einen Schritt weitergehen und versuchen zu verstehen, was er/sie eigentlich meint oder will. Wenn ich meinem Gegenüber gerade auch bei Differenzen respektvoll begegne, habe ich eine Chance, dass sich die Auseinandersetzung nicht wie in einem Teufelskreis negativ entwickelt. Ich versuche, die andere Meinung oder Position wenigstens zu verstehen, und das heißt noch lange nicht, damit auch einverstanden zu sein. Dieser einfühlsame Kommunikationsstil geht natürlich nur, wenn die Situation angemessen ist, das heißt, es darf vor allem keine unmittelbare Gewalt im Spiel sein. Bei Verletzung der Menschenrechte ist für mich die Grenze überschritten, eine Tolerierung darf da nicht hingenommen werden. In der Theorie hört sich das ganz gut an, aber im Alltag laufen wir immer wieder Gefahr, durch ein unangemessenes Verhalten mit unseren Mitmenschen in einen Streit zu geraten. Es gelingt uns einfach nicht, eine ausgeglichene Balance zu halten. Insbesondere in Stressmomenten ärgern wir uns über Andere und schimpfen. In Konfliktsituationen reagieren wir



Aktion des Integrationsrates zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21.03.2017 vor der Lorenzkirche „Was verstehen Sie unter Vielfalt?“; Foto: Archiv IR (Integrationsrat)

Sich bei Dissens oder in einem Konflikt zwischenmenschlich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, scheint mir die wichtigste Voraussetzung zu sein. Das heißt, wir sollten klar zwischen einer Sache und der Person (bzw. den Personen) trennen. Über den Sachverhalt sage ich klar und deutlich meine Meinung, aber in der Form bleibe ich verbindlich, das heißt, ich respektiere meinen Gesprächspartner als Person. Eine Haltung nach dem Motto „Ich sage alles direkt und sofort“ kann viel Schaden anrichten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ bedeutet für mich auch, den Gegner (Konfliktpartner) nicht zu verunglimpfen. Sehr schnell und viel zu oft wird ein vermeintlicher Gegner beschimpft, beleidigt und herabgewürdigt. Wir öffnen oft in Gedanken oder Worten eine Schublade, in die wir unseren Gegner stecken. Das vereinfacht das Leben manchmal, aber werden wir dem Anderen dadurch auch gerecht? Und vor allem, ändern wir durch unser Schubladendenken etwas?

oft sehr patzig, ein schnell geäußertes Wort kann eine Kettenreaktion auslösen und einen Konflikt hochschaukeln. Wir wundern uns dann im Nachhinein, warum sich die Konfliktspirale so schnell und negativ entwickelt hat. Dabei enthält ein Konflikt eigentlich auch viel Positives, er kann uns unter Umständen die Notwendigkeit von Veränderung anzeigen. Wahrscheinlich würden wir viele Konfliktsituationen viel gelassener angehen, wenn wir ein paar Grundregeln beachten würden, die aus der „Gewaltfreien Kommunikation“ stammen. In einem ersten Schritt gebe ich mit meinen Worten wieder, was ich gehört und gesehen habe, ich enthalte ich mich jeglicher Bewertung in meiner Antwort. Ich kann auch ganz einfach mitteilen, dass ich in dieser Frage eine andere Meinung habe. Es ist sehr wichtig, in meinem Beitrag nicht sofort in den Kategorien „richtig“ und „falsch“ zu denken oder dies auszusprechen. Denn mit einer sofortigen Bewertung bzw. Abwertung reize ich mein Gegenüber zu einer schnellen

Inhalt

Zum Thema „Rassismus“ nehmen Robert Katianda, Meta Reisch-Bootsch, Horst Göbbel und Dr. Mehmet Daimagüler Stellung auf S. 2 und 3.

„Willkommenskultur – Stimmung oder Haltung?“ fragt Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seinem Statement auf S. 4.

Eine vertrauensvolle Begegnung wünscht Horst Göbbel in seinem Appell „Liebe türkische Freunde“ auf S. 4.

Bernhard Jehle schreibt über „Demokratie zwischen Neosalafismus und Rechtsextremismus – Ist die interkulturelle Bildung überholt?“ ab S. 6.

Die Situation der „Flüchtlinge in Deutschland 1945/50 und 2015/16“ versucht Horst Göbbel ab S. 8 zu vergleichen.

Mit der „Zuwanderung aus Rumänien – Wie Deutschland profitiert und Rumänien langfristig verliert“ beschäftigt sich Horst Göbbel ab S. 10.

Interviews mit Politiker/innen zum Thema „Integration“ gibt es ab S. 11 mit Diana Liberova, Arif Tasdelen, Joachim Herrmann, Stephan Doll, Mitra Sharifi, Emilia Müller, Kerstin Schreyer, Jean Asselborn und mit Bischof Dr. Michael Bünker. Für die „Integration durch Kultur und Kunst“ setzt sich Marina Susekov ab S. 14 ein und Kamber Özdemir fordert „Chancengleichheit und gleiche Rechte für alle“ auf S. 15.

Felix Welz schreibt über ein interkulturelles Pflegeheim auf S. 17 und Claudia Geßl über „Was macht das Projekt BLEIB für Flüchtlinge?“ auf S. 18.

Abschließend berichtet Dimitrios Krikelis „Aus der Arbeit des Integrationsrates“ auf S. 20.



Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly

Antwort, da er/sie sich in einer Verteidigungshaltung befindet. Die Chance, dass er/sie mir Gehör schenkt, ist ziemlich gering. Aber eine sachlich-neutrale Äußerung könnte zumindest das Interesse an einer weiteren Kommunikation wecken. In einem zweiten Schritt beginne ich zu analysieren. Ich versuche zum Beispiel sachlich darzulegen, dass ich eine andere Auffassung habe, ich kann von meinen Gefühlen und Bedürfnissen sprechen und gegebenenfalls einen Wunsch äußern. Der Prozess der Kommunikation wird somit verlangsamt, es können im Idealfall sogar verschiedene Sichtweisen eingebracht und diskutiert werden. Nach dieser analytischen Phase kann ich den ganzen Vorgang auch bewerten, meine Schlussfolgerung oder mein Urteil beruht nun auf einer vielschichtigen Basis. Durch den Dreiklang „beschreiben – analysieren – bewerten“ habe ich meinen und vielleicht auch den Blickwinkel meines Gegenübers erweitert. Somit besteht die Chance auf eine Verständigung auch unter schwierigen Ausgangsbedingungen.

In der Realität erleben wir eine schnellebeige Kommunikation. Oft schalten unsere Neuronen in den Schnellmodus, aber gerade dadurch vergeben wir uns die Chance, über das Ganze auch mal in aller Ruhe nachzudenken. Das „schnelle Denken“ ist, wie der Nobelpreisträger Daniel Kahneman in seinem Bestseller „Schnelles Denken, langsames Denken“ schreibt, ziemlich fehlerhaft. Das „langsame Denken“ hingegen ist kontrollierter und effektiver, es ist eine Errungenschaft des Homo sapiens. Vielleicht könnten mit einem vermehrten Gebrauch des langsamen Denkmodus mehr friedfertige Kommunikation und weniger gewaltorientiertes Handeln erzeugt werden. Ich plädiere für mehr Gelassenheit. Denken braucht Zeit, und Zeit ist kein Geld, sondern ein Gut. Nützen wir die Zeit vermehrt zum Denken, vor allem wider den Hass!

Friedrich Popp ist Leiter der Geschäftsstelle des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Es tut sich was: Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung

Ein Bericht zur UNO-Resolution Nr. 68/237

Robert Katianda



Expertenteam der UNO bezüglich „Verbesserung der Menschenrechtssituation von Menschen afrikanischer Abstammung“; Foto: Archiv Katianda

Worum geht es? Hier eine grundsätzliche Erläuterung der UNO-Resolution Nr. 68/237, in der die „Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung“ formuliert wurde (von Elisabeth Kaneza):

„Im Jahr 2001 fand die Weltkonferenz von Durban gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz in Durban (Südafrika) statt. Die Erklärung von Durban benannte erstmals und deutlich die Opfer rassistischer Diskriminierung. Die Erklärung kam zum Ergebnis, dass Menschen afrikanischer Abstammung weltweit überproportional unter rassistischer Diskriminierung leiden. Sowohl der transatlantische Sklavenhandel als auch der Kolonialismus wurden als historische Ausgangspunkte für die Versklavung, Unterdrückung und anhaltende Diskriminierung von Menschen afrikanischer Abstammung anerkannt. Die Erklärung von Durban bezeichnete Sklaverei und den transatlantischen Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschheit.“

Zu den Errungenschaften der Weltkonferenz von Durban zählt die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung. Zwölf Jahre nach der Erklärung von Durban, am 23. Dezember 2013, wurde mit der Resolution 68/237 der UNO-Generalversammlung die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung verkündet. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, in dem Zeitraum von 2015 bis 2024 die Anerkennung, Rechte und Entwicklung von Menschen afrikanischer Abstammung zu fördern.“

In meiner Funktion als Vorsitzender des ge-

meinnützigen Vereins AfroDeutsche e.V., der sich die Integration von Menschen afrikanischer Abstammung in der Stadtgesellschaft Nürnberg zum Ziel gesetzt hat, erhielt ich eine bemerkenswerte Einladung von der UNO in Berlin: Im Rahmen der „Weltdekade für Menschen afrikanischer Abstammung 2015 – 2024“ sollten sich am 24. Februar 2017 in Köln fünf Vertreter/innen der UNO mit Vertreter/innen der Zivilgesellschaft treffen. Letztere waren eingeladen, ihnen vorliegende Informationen zur Menschenrechtssituation von Menschen afrikanischer Abstammung in ihrem jeweiligen Umfeld mitzubringen, um sie der UNO-Gruppe in Köln vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe der UNO bestand aus fünf Personen (siehe Bild oben). Sie folgte einer Einladung der Bundesregierung und kam im Laufe ihres Deutschlandaufenthalts mit Vertreter/innen der Bundesregierung, einiger Landesregierungen, nationalen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft in Berlin, Dessau, Frankfurt, Wiesbaden, Köln und Hamburg zusammen. Die unabhängigen Expert/innen arbeiten speziell an der Verbesserung der Menschenrechtssituation von Menschen afrikanischer Abstammung.

Zur Arbeitspraxis: Bei Treffen wie dem in Köln werden Menschenrechtsverstöße gegen Menschen in der afrikanischen Diaspora gesammelt, untersucht, in Problemfeldern zusammengefasst sowie anschließend Empfehlungen zur Verbesserung der Situation ausgesprochen. Allgemein dienen diese Besuche der UNO-Expertengruppe dazu, die Lage im Einzelnen unparteiisch zu beurteilen und damit einen Nutzen für alle Beteiligten

zu ermöglichen. Die Arbeitsgruppe war also gekommen, um zu hören. Mit den Worten der Organisatorin Elisabeth Kaneza (im Bild rechts) sammelten die fünf Expert/innen folgende Informationen: „jegliche Form von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Afrophobie sowie damit zusammenhängende Intoleranz gegen-

nannten menschenrechtsverletzenden Vorfällen? Sie dienen der Arbeitsgruppe als Material, anhand dessen sie im Rahmen einer Pressekonzferenz am Ende ihres Länderbesuchs ihre vorläufigen Ergebnisse vorstellen sowie Handlungsempfehlungen aussprechen.“

Mein Fazit: Eine sehr ertragreiche Reise! Die



Elisabeth Kaneza (rechts) mit Robert Katianda (Mitte) und Besucherin; Foto: Edaw Negash Miko

über Menschen afrikanischer Abstammung.“ Zugleich empfahlen sie „Maßnahmen zur Vorbeugung rassistischer Diskriminierung und <zum> Schutz von Opfern rassistischer Verbrechen und Hassverbrechen; Mechanismen zum Schutz, Integration und Inklusion von Migrant*innen sowie von Geflüchteten; Antworten auf multiple Diskriminierungsformen, von denen besondere Gruppen <von> Menschen afrikanischer Abstammung betroffen sind, und die Bestrebungen der Behörden, Menschen afrikanischer Abstammung vor Verletzungen zu schützen.“

Wir Teilnehmer*innen aus der afrikanischen Diaspora bekamen ausreichend Gelegenheit, die zum Teil erschütternden Erfahrungen, die manche von uns täglich machen, vorzutragen: Erfahrungen auf Ämtern, in Schulen, an Arbeitsplätzen, in der Zivilgesellschaft allgemein. Die UNO-Gruppe hörte sehr aufmerksam zu, notierte Vorkommnisse, sodass wir den deutlichen Eindruck bekamen, dass es hier tatsächlich um die Bestrebung ging, unsere Lage zu verbessern.

Was geschieht nun mit den gesammelten ge-

fünf Mitglieder der Arbeitsgruppe gingen sehr sensibel mit dem Thema um; sie sahen sich als Anwälte unserer Sache, der Sache der afrikanischen Diaspora. Man hatte tatsächlich den Eindruck, dass sie unsere Anliegen zu den ihren gemacht hatten. Es war ihnen nach eigener Aussage aber auch wichtig, den Landesregierungen und der Bundesregierung hilfreich zur Seite zu stehen bei der Umsetzung der Resolution 68/237, um die es in der „Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung“ geht.

Mir bleibt nun, bei der konkreten Umsetzung der o.g. Resolution eine gute Zusammenarbeit zwischen der afrikanischen Diaspora und den kommunalpolitischen Organen unserer Stadt zu wünschen und der Dekade insgesamt viel, viel Erfolg!

Robert Katianda ist 3. stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Nürnberg



Einige Studierende aus Afrika an der Universität Erlangen-Nürnberg, die über das Projekt „BLEIB in Nürnberg“ vermittelt wurden, mit Claudia Geßl (Mitte, Näheres siehe S. 18); Foto: Archiv IR (Integrationsrat)

100 % Menschenwürde, auch für Frauen – Frauen gegen Rassismus und Sexismus

Meta Reisch-Bootsch

Als Stadt der Menschenrechte setzte sich auch die Stadt Nürnberg mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen unter dem Motto „100 % Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus“ im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus für einen respektvollen Umgang miteinander und gegen rassistische Ausgrenzungen ein. In diesem Jahr bildete auch das internationale Frauenfest, das jedes Jahr anlässlich des internationalen Frauentages von dem Gostenhofer Frauentreff und dem Nachbarschaftshaus Gostenhof organisiert wird, einen Teil der Nürnberger Aktionen. Unter dem Titel „Frauen für Respekt! Frauen gegen Rassismus!“ trafen sich am Samstag, den 11. März, Nürnberger Frauen von verschiedenen politisch aktiven Organisationen und Gruppierungen, unter anderem Vertreterinnen des Frauenverbandes Courage e.V., von AGABY, des Nürnberger Stadtrates und des Integrationsrates Nürnberg, zu interkulturellem, kulinarischem und (frauen-)politischem Austausch.

In der Eröffnungskundgebung im Hof des Nachbarschaftshauses Gostenhof machten die Vertreterinnen der verschiedenen Organisationen darauf aufmerksam, dass es in der öffentlichen und politischen Debatte über Fragen der Integration und Migration, der Gleichberechtigung und der Menschenwürde nach wie vor einen blinden Fleck gibt. Das Grundgesetz garantiert die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte für alle Menschen, unabhängig von deren Herkunft und Weltanschauung, aber auch unabhängig von deren Geschlecht. Die Realität ist jedoch leider eine andere: Sexistische Diskriminierung ist, ebenso wie rassistische Diskriminierung, auch in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen und sie ist Teil der alltäglichen Erfahrungen von vielen Frauen.

Das verbindende Element zwischen diesen ideologischen Formen der Ausgrenzung besteht in der Annahme, dass Unterschiede zwischen Menschen auch eine Hierarchie in der Wertschätzung der Menschen begründen, Vielfalt also Gleichbehandlung ausschließt. In beiden Fällen handelt es sich jedoch nicht um einen natürlichen Zustand, sondern einen kulturell oder politisch konstruierten Unterschied, dessen Festschreibung meist der Legitimation bestehender Machtverhältnisse dient. Sexismus und Rassismus sind also Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit, die, über die individuell-persönliche Ebene hinaus, auch auf der strukturellen und institutionellen Ebene der Gesellschaft spürbar sind. Obwohl alle Frauen in unserer Gesellschaft Opfer von sexistischer Diskriminierung werden können, sind insbesondere Frauen mit Migrationserfahrung oder -hintergrund einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt. Für viele Frauen potenziert sich so die Erfahrung von Diskriminierung.

Am Beispiel der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA, insbesondere anhand der menschenverachtenden Äußerungen von Präsident Donald Trump, die verschiedene Gruppen von Menschen aufgrund ihrer (vermeintlichen) Andersartigkeit herabwürdigen, lässt sich die globale Verbreitung von Rassismus und Sexismus sowie die hohe Akzeptanz dieser Vorstellungen innerhalb der Gesellschaft erkennen, die nun bis in das höchste politische Amt des Landes reicht. Der Protest, der sich gegen

diese menschenfeindlichen Äußerungen und die politischen Positionen des Präsidenten formiert hat, zeigt aber gemeinsame Lösungswege auf. Zum „Women’s March“ in Washington D.C. am Tag nach der Amtseinführung von Präsident Trump versammelten sich eine halbe Million Frauen aus allen Gesellschaftsschichten und mit unterschiedlichsten kulturellen und ethnischen Hintergründen, viele unterstützt von ihren Männern und Kindern, um ein Zeichen des Widerstandes gegen alle Formen von Diskriminierung zu setzen. Diese Form des Protestes von Frauen, die gemeinsam gegen Frauenfeindlichkeit kämpfen, kann als Prozess der Selbstermächtigung ver-



Lemia Yiyit, Meta Reisch-Bootsch, Dr. Mehmet Daimagüler, Horst Göbbel und Kamber Özdemir am 21.03.2017; Foto: Archiv IR

standen werden, da diese Frauen nicht den Männern die Verantwortung überlassen, sich gegen sexistische Diskriminierung und Frauenverachtung zu engagieren, sondern selbst die Initiative ergreifen und für ihre eigenen Rechte eintreten. Dieses eindrucksvolle Beispiel zeigt auf globaler Ebene wie erfolgreich gesellschaftliches Engagement und Partizipation darin sein kann, ein sichtbares Zeichen gegen Diskriminierung zu setzen. In einer kleineren, aber nicht weniger wichtigen Dimension, tragen die einzelnen aktiven Nürnberger Frauen und die Vielzahl an Frauenorganisationen durch ihr Engagement dazu bei, die Forderung von 100% Menschenwürde zu unterstreichen, für alle Frauen.

Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg setzt sich für mehr Sensibilität im Umgang mit mehrfacher Diskriminierung ein. Integration kann nur als Partizipation funktionieren – deshalb fordern wir einen echten Dialog, einen Dialog, in dem das Miteinander-Sprechen im Mittelpunkt steht und nicht das Übereinander-Sprechen. Einen Dialog also, der mit uns Zugewanderten stattfindet als gleichberechtigte Dialogpartnerinnen. Einen Dialog auf Augenhöhe, der ein gemeinsames Zeichen gegen Rassismus, Sexismus und jede Form von Diskriminierung erhebt und die Vielfalt der Menschen würdigt.

Meta Reisch-Bootsch ist Mitglied des Integrationsrates

Mit Vielfalt gegen Rassismus

Interview mit Dr. Mehmet Daimagüler

Horst Göbbel

Im Gedenken an die fünf bayerischen Opfer der rechtsextremen, menschenverachtenden Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund – Theodoros Boulgarides, Habil Kilic, Abdurrahim Özudogru, Enver Simsek und Ismail Yasar – verleihen die Stadt Nürnberg und die Landeshauptstadt München seit 2015 den Mosaik-Jugendpreis: „Mit Vielfalt gegen Rassismus“. Der Preis zeichnet Jugendprojekte aus, die sich gegen alltäglichen Rassismus und für einen respektvollen Umgang aller Menschen einsetzen sowie interkulturellen Dialog fördern. 2017 kamen alle Preisträger aus Nürnberg: die Theater-Gruppe „Auf die Zwölf“ mit ihrem Stück „Ins Herz“ (1.

Horst Göbbel stellte Dr. Dr. Daimagüler für „Nürnberg interkulturell“ einige Fragen, die dieser gerne beantwortete.

HG: Herr Dr. Daimagüler, Sie haben eine beeindruckende, kurze Ansprache gehalten – sozusagen als Impuls für den heutigen Abend. Dabei haben Sie auch einen Satz gesagt, den ich Ihnen mal vorlesen möchte. Sie sagten an einer Stelle, „Das gute Deutschland ist manchmal zu leise, aber es ist stark.“ Das gute Deutschland ist manchmal zu leise. Wie meinen Sie das?

DrD: Wenn wir Nachrichten sehen, wenn wir auf Facebook gehen, sehen wir, dass die Lauten, die Hass in ihrem Herzen tragen, diejenigen sind, die die Debatten beherrschen. Und man kann den Eindruck gewinnen, ob es auch beabsichtigt ist, dass das die Leute sind, die das Land beherrschen und die auch die Zukunft beherrschen werden. Aber ich sehe das nicht so. Ich glaube, dass diese Leute es einfach schaffen, dadurch dass sie sehr, sehr laut herumschreien, so tun, als seien sie die Mehrheit, aber sie sind nicht die Mehrheit. Aber das verpflichtet die Mehrheit eben auch dann, sich sichtbar zu machen, hörbar zu machen und ich hoffe, dass solche Veranstaltungen wie heute Abend dazu beitragen, dass wir die Mehrheit sind, auch das in Anspruch nehmen, die Regeln zu setzen. Die Regeln, die wir haben, das Grundgesetz, die Verfassung, wir haben Artikel 1 unseres Grundgesetzes, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, da steht nicht, die Würde des Deutschen ist unantastbar oder die Würde des Weißen oder des Europäers oder des heterosexuellen Menschen, sondern die Würde des Menschen und die Würde, die gilt für jeden.

HG: Hier sagen Sie also richtig, dass wir von der Würde des Menschen und nicht von irgendjemandem ausgehen müssen. Und ich komme noch einmal zurück. Sie sagten im Halbsatz, aber „dieses Deutschland sei stark“. Was muss geschehen, damit dieses starke Deutschland, von dem Sie sprechen, etwas deutlicher gehört wird?

DrD: Wir müssen verstehen und davon ausgehen, dass Demokratie, Grundrechte, Verfassungsorte keine Naturgesetze sind, nicht selbstverständlich sind. Ja und wenn wir zulassen, dass eine Minderheit, eine hasserfüllte Minderheit, eine Wertordnung, die wir heute selbstverständlich genießen, in Frage stellt, dann werden wir diese Werteordnung und die Verfassungsordnung auf Dauer nicht erhalten können. Das sind keine Naturgesetze, die uns frei machen, es sind keine Naturgesetze, die unsere Würde schützen. Wir selber müssen das machen. Wenn wir das nicht tun, dann ist wirklich unsere Freiheit, dann ist unsere Verfassungsordnung in Gefahr. Und wir sehen das in anderen Ländern, wie schnell das gehen kann, wie schnell das, was wir für selbstverständlich halten, erodiert. Wir sehen das in den USA, wir sehen das in Ungarn, wir sehen das in vielen, vielen anderen Orten der Welt. Ich will das nicht akzeptieren. Und wir alle dürfen das gemeinsam nicht akzeptieren.

HG: So ist es. Ganz lieben Dank, Herr Dr. Daimagüler.

Horst Göbbel ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates

Preis), das Projekt „Borderless Broadcast“ von R.A.D.I.O. e.V. / Radio Z (2. Preis) und das Projekt der Evangelischen Studierendengemeinde Nürnberg „Refukitchen“ (3. Preis). Aktiv in der Jury dabei war auch Hilal Toptas, Mitglied unseres Integrationsrates. Die Preisverleihung am 21. März (am Internationalen Tag gegen Rassismus) im Festsaal des Nürnberger Künstlerhauses bot die Gelegenheit, ein deutliches, unüberhörbares Plädoyer für Vielfalt und gegen Rassismus in unserer Gesellschaft zu artikulieren. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly etwa hielt fest, dass unser Bekenntnis zur Vielfalt – gegen Einfalt, Monotonie, Uniformität – ein Schutzschirm gegen Rassismus sein kann. Dr. Mehmet Gürkan Daimagüler – Vertreter der Nebenklage im NSU-Prozess – thematisierte einleuchtend und prägnant das seinerzeitige Staatsversagen, jedoch auch das Versagen der Gesellschaft, unser persönliches Versagen. „Wo waren wir denn, was haben wir getan? Waren wir solidarisch mit den Familien der Opfer? Opportunismus und Feigheit waren auch bei mir präsent. Es ist Zeit, um Vergebung zu bitten. ... Unsere Verantwortung, unsere Verpflichtung ist es, nicht mehr zu schweigen, wenn Menschen in Not sind, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen, wenn Rabbiner angegriffen werden. ... ich glaube an den Rechtsstaat, an die Demokratie, an Deutschland.“ Dr. Maly fügte hinzu: „Der Aufstand der Anständigen ist ein Aufstand der Mehrheit.“

Willkommenskultur – Stimmung oder Haltung?

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly

Am 24. Februar 2017 war das Rathaus wie an einem Tag der offenen Tür voller Menschen, die sich diesmal um das große Thema der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe scharten und in verschiedenen Räumen darüber gewinnbringend kommunizierten. Nach einem Vortrag von Frau Dr. Misun Han-Broich von der Evangelischen Hochschule Berlin zum Thema „Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für die Integration geflüchteter Menschen“ trafen sich in „6xshort Cuts/Storytellings“ mit acht Themenschwerpunkten Flüchtlinge, Betreuer, Interessenten und dokumentierten sehr lebendig die Vielfalt ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in Nürnberg. Davor hat Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly im Historischen Rathaussaal seine Begrüßung mit einem wahren Impulsreferat zum Thema Willkommenskultur verbunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer sich heute die Süddeutsche Zeitung anschaut, las die Überschrift „Bundesregierung verschärft das Asylgesetz erneut“. Vor gerade einmal eineinhalb Jahren war in der gleichen Zeitung auf Seite eins der Hauptbahnhof von München mit Fähnchen schwenkenden Menschen abgedruckt. Damals haben sich einige in pessimistischer, aber kluger Voraussicht die Frage gestellt: Handelt es sich bei dem, was gerade passiert, um eine Haltung oder um eine Stimmung?

Heute wissen wir es. Es handelte sich damals bei vielen Menschen leider nur um eine Stimmung. Bei vielen anderen Menschen, und dazu gehört jeder einzelne von Ihnen heute Anwesenden, handelte es sich um eine Haltung. Eine Haltung, auf die Sie alle stolz sein können. Und auf Ihre Haltung bin auch ich, als Oberbürgermeister dieser Stadt, stolz. Stimmungen verändern sich schnell, das er-

Berlin ganz andere Dinge verhandelt werden, ein Forum Willkommenskultur. Ist die Willkommenskultur nicht ein Begriff, der in der öffentlichen Diskussion fast schon wieder diskreditiert ist, wie einst Multikulti? Sollen mit dem Begriff nicht sogar Missstände oder eine diffuse Form von Gutmenschentum kritisiert werden?

Meiner Meinung nach ist die Willkommenskultur nach wie vor eine essenzielle Voraussetzung für Integration. Wir haben damals, als die Fähnchen in München geschwenkt worden sind, noch keine Integration betrieben. Damals haben wir die Menschen untergebracht, haben geschaut, dass sie gesund bleiben, haben ihnen etwas zu essen gegeben und haben sie dann in einem mehr oder weniger eleganten Prozess in Deutschland verteilt. Auch danach begannen wir noch lange nicht mit der Integration.

In Berlin ist die Agenda schnelllebig, in Berlin ist das Thema Integration abgehakt. Bund und Länder haben sich darauf geeinigt: Es gibt sieben Milliarden Euro bis 2019, diese werden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Die Länder und vor allem die Städte sind für Integration zuständig.

Wir schätzen, dass es in Nürnberg etwa 4000 Menschen gibt, die sich in irgendeiner Form ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe und damit für eine Willkommenskultur engagieren. Was jetzt vor uns liegt, ist die Integrationsaufgabe.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist in einer groß angelegten Untersuchung auf Basis des Sozioökonomischen Panels zu interessanten, zum Teil aber auch bestürzenden Ergebnissen gelangt. Diese sind nicht mehr auf Seite eins der Zeitungen zu lesen.

Die interessanten Ergebnisse sind zum Bei-



Zugewanderte sind im Nürnberger Rathaus „willkommen“; Foto: Archiv IR

erstaunlich ähnlich. Bei den Geflüchteten sind es sogar zwei Prozent mehr als bei der aufnehmenden Gesellschaft, die diese Frage bejahen.

Warum auch nicht? Diese Menschen flohen unter anderem wegen undemokratischen Zuständen aus ihren Heimatländern, aber auch wegen persönlicher Gefahren, Verfolgung, Krieg und Unterdrückung. In der Panelstudie hat man die Menschen noch gefragt: Haben Sie schon Kontakt zur aufnehmenden Gesellschaft gefunden? Ganz viele antworteten: Nein, eigentlich noch nicht. Geschuldet ist das zum einen der anhaltenden Unterbringung in den Großunterkünften, durch die man nicht in ein nachbarschaftliches Verhältnis mit der aufnehmenden Gesellschaft treten kann. Zum anderen ist es ein Zeichen dafür, dass es eben doch darauf ankommt, dass wir ein Stück Willkommenskultur leben, damit genau darüber die erste Kontaktaufnahme zu Deutschland entsteht.

Ist die erste Wahrnehmung der Grenzschutzbeamte in Rosenheim oder Passau gewesen, ist es der Bus, ist es das nächtliche Einziehen in ein Zelt im Stadionbad? Was ist dieser erste Eindruck und was bewirkt er? Wenn ich irgendwo neu ankomme, ist der erste Eindruck eigentlich immer der wichtigste. Einer der ersten Eindrücke ist der erste zwischenmenschliche Kontakt in einer fremden Umgebung. Dieser kann im kürzesten Fall vielleicht ein völlig normales, höfliches Lächeln sein, und im besten Fall ein ausführliches Gespräch mit auch von unserer Seite geäußertem Interesse für die jeweils individuelle Geschichte.

Das haben Sie alle gemacht in den letzten Monaten und in den letzten Jahren. Dafür will ich Ihnen danken!

Zwar hat Nürnberg früh begonnen, früher als alle anderen. Eines unserer ersten Gespräche fand mit den Sportvereinen statt, ganz zu Beginn noch, Anfang letzten Jahres. „Könnst ihr irgendetwas tun?“, wurde gefragt, „Wir geben euch ein bisschen Geld, um die Leute rauszuholen aus dieser Zwangslangeweile.“ Die Langeweile, sie macht sich in einer Gemeinschaftunterkunft zwangsläufig breit und ist dann in den allermeisten Fällen die Ursache für die eine oder andere Auseinandersetzung.

Die wahre Integration beginnt jetzt erst. Sie beginnt mit dem Schulbesuch, sie beginnt mit dem Besuch in der Kindertagesstätte. War-

um sind wir dort noch nicht so weit? Nicht nur deshalb, weil Plätze knapp sind, sondern deshalb, weil viele der Geflüchteten hier bei uns noch nicht wissen, wo sie endgültig wohnen werden. Das Kind bringt man nun mal in eine Kinderkrippe in der Nachbarschaft. Wenn man nicht weiß, wo die Nachbarschaft ist, dann muss auch die Kinderkrippe warten. Vielleicht sind wir aber auch deshalb noch nicht so weit, weil das Vertrauen in staatliche Erziehungsinstanzen in der Heimat, aus der man gekommen ist, nicht so groß war. Wir müssen vermitteln, dass dies in Deutschland anders ist und wir Geflüchtete zum Beispiel auch bei der Suche nach einem Betreuungsplatz unterstützen. Jedes versäumte Element der Integration durch den Nichtbesuch einer Kindertagesstätte kann später nur zeitaufwendig und teuer nachgeholt werden.

Im Bereich der Arbeitsmarktintegration sind die Jobcenter aktiv dabei. Ersten Erkenntnissen zu Folge haben 20% bis 25% der Menschen Berufsqualifikationen, die vergleichsweise gut zu unseren Bedürfnissen passen. Viele andere müssen nachqualifiziert werden, was aber nicht heißt, dass diese Menschen bei uns nicht beruflich tätig werden können.

Die Kommunen sind dafür zuständig Wohnungen zu bauen. Wir wollen in Nürnberg keine Wohnungen nur für Flüchtlinge bauen, sondern Wohnungen für alle Menschen, die eine Wohnung suchen. Es gab auch schon vor der Zuwanderung der letzten eineinhalb Jahre viele Menschen, die in Nürnberg eine Wohnung suchten. Für sie alle müssen bezahlbare Wohnungen geschaffen werden.

Die Sprache als Schlüsselqualifikation spielt eine große Rolle. Für mich gehört Sprache zu den Integrationselementen, bei denen wir aus Fehlern der vergangenen Jahrzehnte lernen müssen. Wir haben uns bei der Gastarbeitergeneration nicht gut genug und nicht wirklich intensiv um Sprachvermittlung gekümmert. Man ist immer davon ausgegangen, die Männer – in der Regel waren es Männer – werden Deutsch am Arbeitsplatz lernen und es dann zu Hause ihren Familien beibringen. Das ist natürlich keine sehr konsequente Sprachförderung. Ich denke, diesen Fehler werden wir nicht wiederholen.

Wir müssen versuchen, all den Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen, die zu uns kommen, so lange Deutsch beizubringen, bis die Sprachfähigkeit in Wort und Schrift auf so



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Mitte) mit Lemia Yiyit, Robert Katianda, Oxana Strobel, Horst Göbbel u. Gast (v.r.n.l.) beim Neujahrsempfang des Integrationsrates im Historischen Rathaussaal; Foto: Archiv Göbbel

leben wir. In unserer Mediendemokratie genügen ein paar Fake News, und schon ist die Empörung groß. Doch Haltungen verändern sich, Gott sei Dank, nur sehr langsam. Manch einer mag den Kopf schütteln. Jetzt machen die Nürnberger heute, wo doch in

spiel, dass sich von den mehreren tausend Befragten genauso viele Geflüchtete wie Personen deutscher Herkunft für die Gleichberechtigung von Frau und Mann einsetzen. Auch auf die Frage „Unterstützen Sie die Demokratie?“ sind die Antworten der beiden Gruppen

hohem Niveau ist, dass man gut zusammenleben kann.

Aber auch wenn all diese Arbeiten, also die Hardwarepunkte von Integration, erledigt sind, bleibt die Software, nämlich die Seelenlage der aufnehmenden Gesellschaft. Die Seelenlage, die Sie als Mitbürger und nicht als Wutbürger beeinflussen. Sie sind, wenn Sie in der Flüchtlingshilfe tätig sind, Botschafter in zweierlei Richtung. Sie sind Botschafter gegenüber denen, die noch nie Kontakt zu Flüchtlingen hatten und auch keinen wollen. Sie sind aber auch Botschafter gegenüber denen, die zu uns gekommen sind. Der Staat kann bei aller Liebe vieles, aber er kann nicht Empathie. Empathie kann nur der einzelne Mensch. Jeder von Ihnen, der hier sitzt, hat sicherlich irgendjemandem gegenüber ein offenes Herz gezeigt.

Der Staat wird es nicht alleine richten, sondern braucht Menschen wie Sie! Dafür danken wir Ihnen heute. Wir wissen, dass wir eigentlich noch am Anfang des Integrationsprozesses stehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir das schaffen! Ich glaube, dass wir in zehn bis fünfzehn Jahren in der Rückschau auf die Jahre 2014 bis 2016 sagen: Die meisten Sorgen, die wir uns damals gemacht haben, waren unbegründet. Ein Problem wird jedoch bleiben, welches wohl auch in fünfzehn Jahren noch nicht gelöst sein wird. Für Millionen von Menschen ist Europa und speziell Deutschland ein Sehnsuchtsort. Mit Grenzmanagement, wie das etwas euphemistisch genannt wird, können wir sicherlich verhindern, dass viele Menschen zu uns kommen. Aber durch Grenzmanagement geht die Sehnsucht nicht

mut- und Reichtumsunterschieden auf dieser Welt. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir, dass mancher Euro unseres Reichtums von Menschen anderswo mit Armut bezahlt worden ist.

Deswegen muss die Aufforderung „Bekämpft die Fluchtursachen!“ aus den Sonntagsreden raus. Sie muss in Alltagshandlungen übersetzt werden. Auch wenn unser Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Moment fordert „Ich will zehn Milliarden für Nordafrika!“, dann sind selbst die zehn Milliarden, die man ihm gibt, möglicherweise durch andere Entscheidungen der deutschen Außenpolitik und der deutschen Außenwirtschaftspolitik in kürzester Zeit wieder konterkariert. Wenn wir Fluchtursachen bekämpfen wollen, muss das in der außenpolitischen Agenda der Bundesrepublik und Europas mehr sein als nur Grenzmanagement. Dann müssen wir uns dort tatsächlich neu aufstellen. Das ist die große weite Welt.

Aber kommen wir wieder zurück nach Nürnberg, wo heute Nachmittag das Forum Willkommenskultur mit den unterschiedlichsten Akteuren in der Flüchtlingshilfe stattfindet. Schön, dass Sie gekommen sind. Danke für all das, was Sie getan haben und noch tun werden.

Dr. Ulrich Maly ist seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Gleich nach seinem Amtsantritt hat er „Integration“ zur Chefsache erklärt.



Meta Reisch-Bootsch (Mitte) mit thailändischer Folkloregruppe am Internationalen Frauentag im Nachbarschaftshaus Gostenhof; Foto: Gerhild Rochus

weg. Das heißt: Die Frage, wie wir mit den eklatanten Unterschieden zwischen Armut und Reichtum auf dieser Welt, zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie, zwischen offener und fairer Gesellschaft und einer Gesellschaft, in der man nur mit Manipulation und mit Korruption weiterkommt, umgehen. Das wird die Politik weiter beschäftigen. Sie als diejenigen, die mit den Menschen vor Ort arbeiten, sollen Ihre Erfahrungen bitte auch in diesen politischen Diskussionsprozess einbringen.

Wir sind stolz darauf, dass wir eines der reichsten Länder der Welt sind. Den meisten Menschen in Deutschland geht es gut, auch wenn ich weiß, dass es bei uns ebenfalls arme Kinder und arme Rentner gibt. Vergleichsweise geht es uns trotzdem gut. Dennoch wissen wir, dass es nicht so bleiben kann mit den Ar-

**Solange Leute nach Religion,
Nach Hautfarben und nach Rassen
Von uns aufgeteilt werden
Und jeder Andersdenkende als Feind
Und Untermensch von uns gegolten wird,**

**Bleibt unverändert das Weltbild:
Wird Horror von Hiroshima, Dachau
Und World Trade Center
Zur wiederholten Horrorfilmschau...

**Wer ging den Lebensweg hindurch
Ohne Verzweiflung, Leiden, ohne
Furcht...
Und wer vermied Verführung,
Fehler, Sünde...**

Liebe türkische Freunde

Horst Göbbel

Ich bin traurig. Tief traurig. Viele meiner türkischen Freunde reden seit diesem Frühjahr 2017 nicht mehr miteinander. Übereinander schon. Und wie!!! Zum Teil fast schon hasserfüllt.

Ich bin traurig. Tief traurig.

Viele meiner türkischen Freunde sind extrem verunsichert. Sie mussten schwere Entscheidungen treffen, die sie untereinander entzweiten.

So weit kann und will ich nicht gehen. Mein bisheriges Verständnis von Integration türkischer Mitbürger in Deutschland ist ein anderes: Ich meinte, die Mehrheit der Türken sei ordentlich integriert. Ich bleibe bei dieser Ansicht.

Aber ich stelle auch fest: Spurlos geht das neue deutsche Problem auch an mir nicht vorbei. Es kann mir, es kann uns keineswegs gleichgültig sein, wie es unseren türkischen



Ein erster Schritt? Kollege İlhan Postaloglu und Kollegin Hediye Erdem nach einem Gespräch im Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates; Foto: Archiv Göbbel

Ich bin traurig. Tief traurig.

Viele meiner türkischen Freunde haben regelrecht Angst. Angst vor dem Misstrauen anderer Landsleute, vor Worten und Handlungen, die ihnen künftig Schwierigkeiten bereiten könnten.

Verunsicherung, Misstrauen, ja sogar Hass – das ist eine überschwere Last. Auch mich als Nichttürken betreffen diese Lasten.

Manche fragen: Ist die Integration vieler Türken, deren Kinder und Kindeskindern misslungen? Was haben wir falsch gemacht? In einer renommierten Zeitung las ich gestern: „In diesem Land leben hunderttausende Mitbürger, die quasi die Republik, in der sie leben, ablehnen, ihre konstitutiven Werte verraten, ignorieren oder bewusst verachten. Sie verlassen den Boden des Grundgesetzes.“ Das ist harter Tobak!

Mitbürgern hier in Deutschland jetzt und in Zukunft geht.

Ich habe selber eine tiefe Verbundenheit mit meiner Heimat Siebenbürgen. Genau so respektiere ich die emotionale und sonstige Verbundenheit eines jeden Mitbürgers mit Migrationsgeschichte mit seinem Heimatland.

Zugleich lebe ich jedoch hier in Nürnberg, hier in Bayern, hier in Deutschland. Und bin längst Teil dieser Stadt Nürnberg, meiner neuen Heimat. Es liegt mir und vielen, vielen sehr daran, dass wir hier in Nürnberg, hier in Deutschland friedlich miteinander auskommen, uns respektieren, offen unsere Sorgen und Nöte, jedoch auch Freuden und Erfolge austauschen, uns vertrauensvoll begegnen. Vertrauensvoll begegnen!

Darf ich hoffen, dies gilt auch für meine türkischen Freunde?

Horst Göbbel ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates

Mikhail Godov

Der Dichter wurde 1943 in Kasachstan geboren und lebt seit 2001 in Nürnberg.

Er ist Mitglied des Moskauer Schriftstellerverbandes und hat mehrere Literaturpreise erhalten.

Es liegen mehrere Veröffentlichungen in deutscher Sprache vor; zuletzt erschien: „Das Haus für die Seele“, Novum pro Verlag.



Wer brach denn kein einziges Gebot...

Und ich bereue, bete zu Gott:

Ich bin nur Mensch...

Was kann ich doch im Grunde...

Poeten... - Worte brechen alle Grenzen!

Und - „Herz in Flammen“: Helden oder Opfer -

Sind wir vor allem aber „Strepteseztänzer“...

Doch geht es keinesfalls um unseren Körper:

Die Seele-Qual entblößen mutig wir...

Demokratie zwischen Neosalafismus und Rechtsextremismus –

Ist die interkulturelle Bildung überholt?

Von Bernhard Jehle

Kopftuch oder Kreuz in der Schule! Wenn Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund bzw. weltanschaulich-religiöser Überzeugungen in Augenhöhe und gegenseitigem Respekt über eine solche Streitfrage sprechen, wenn sie sich darüber austauschen, welche Bedeutung der „Gegenstand“ für sie

nahmen, die unter dem Begriff Ausländerpädagogik firmierten: national homogene muttersprachliche Klassen zur Rückkehrförderung oder auch Vorbereitungsklassen zum Ausgleich von Sprachdefiziten. In den 1980er Jahren bewegte sich der politische Diskurs zwischen Integrations- und Begrenzungsposi-

gesetzt, wissenschaftlich unterstützt durch Gabriele Pommerin, die 1989 als Professorin für die „Didaktik des Deutschen als Zweitsprache“ an die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der FAU berufen wurde. 2001 startete das erste große Nürnberger XENOS-Projekt „Netzwerk für interkulturelle Kommunikation und berufliche Integration“ von NOA, Ausländerbeirat, DGB sowie Stadt Nürnberg. Das Jahr 2002 brachte mit dem neuen Stadtrat und der Wahl von Dr. Ulrich Maly zum Oberbürgermeister den Durchbruch: 2004 wurden die Leitlinien der Integrationspolitik verabschiedet, in denen es heißt: „Integration ist keine einseitige Eingliederungsleistung der Migrantinnen und Migranten, sondern verlangt allen in der Stadt lebenden Menschen Annäherungsprozesse ab. Die Stadt Nürnberg fördert durch geeignete Maßnahmen gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie den interkulturellen Dialog.“ Zu den Maßnahmen, die im Schulbereich ergriffen wurden, siehe Kasten S. 7.

2005 trat das Zuwanderungsgesetz in Kraft, das die Entwicklung bis heute prägt und trotz seiner Restriktionen wichtige Maßnahmen zu einer Gleichberechtigung von Bürger/innen mit Einwanderungsgeschichte ermöglicht. IKB wurde Mainstream. Die Staatsregierung verabschiedete schließlich 2009 ein „Gesamtkonzept zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“, das u.a. Maßnahmen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Lehrkräften und den Modellversuch islamischer Religionsunterricht beinhaltete.

Oberflächlich betrachtet war damit auch nach dem 11. September eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Doch sie war bereits von zwei Seiten bedroht.

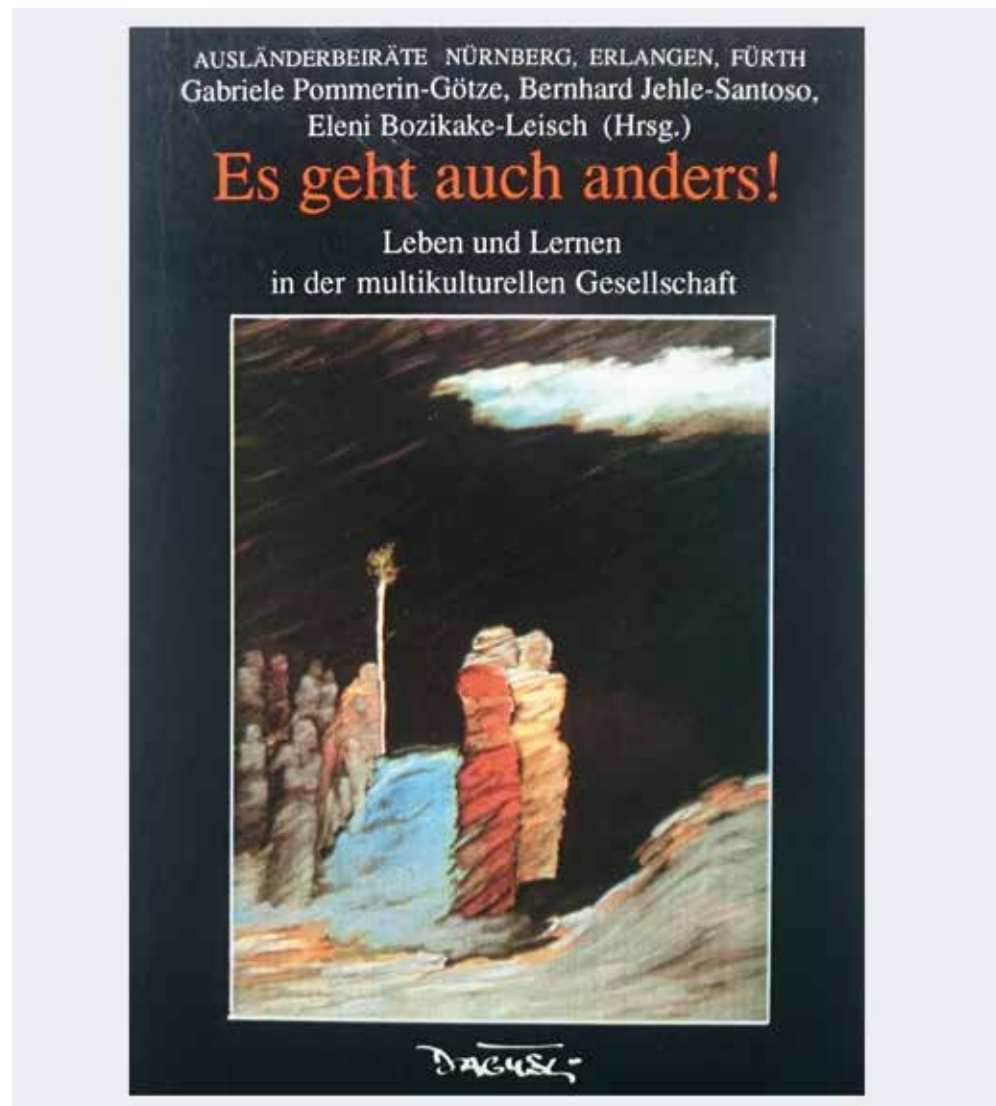
einsickerten, nahmen auch die Gewalttaten gegen Einwanderer und andere Minderheiten weiter zu. Diese Entwicklung und die Tatsache, dass staatliche Organe bei den Untaten des NSU zum Teil auch noch gegen die Angehörigen der Opfer ermittelten („Soko Bosphorus“), führte zu einer erheblichen Verunsicherung nicht nur der türkischstämmigen und muslimischen Bevölkerung. Menschen, die „anders aussehen“, behindert sind oder eine Kippa tragen, sind in bestimmten Gegenden und Stadtvierteln nicht mehr sicher.

Mit den Bluttaten von Madrid (2004) und London (2005) war der djihadistische Terror auch in Europa angekommen. In den folgenden Jahren gab es immer wieder Anschläge – viele wurden auch vereitelt –, die 2015 in den beiden Terrorattacken von Paris (Charlie Hebdo und Bataclan/Stade de Paris) und 2016 in die Selbstmordattentate in Brüssel mündeten, zu denen sich der IS bekannte. Vorläufige schlimme Höhepunkte in Deutschland bildeten die Messerattacke eines jungen vom IS beeinflussten Mädchens (Februar 16) in Hannover. Es folgte der Angriff auf Menschen im Zug bei Würzburg (Juli 2016) und das Selbstmordattentat in Ansbach (Juli 2016). Am 19. Dezember verübte Anis Amri den mörderischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche.

Obwohl allgemein bekannt ist, dass die gewachsenen muslimischen Gemeinden keinen Nährboden für den islamistischen Terror darstellen und die Muslime in ihrer erdrückenden Mehrheit nichts mit dem IS zu tun haben, lenkten diese Untaten Wasser auf die Mühlen von Sarrazin, Pegida und Co. Und die Übergriffe in der Sylvesternacht 15/16 verstärkten die Vorbehalte nicht nur gegenüber Flüchtlingen aus Nordafrika.

Bedrohung der multikulturellen freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Der Begriff „Multikulturelle Gesellschaft“ beschreibt zunächst nur, dass in einem Land, einer Stadt oder Gemeinde Menschengruppen verschiedener Herkunft und/oder Kultur leben. Die Skeptiker/innen heben die Gefahr von Parallelgesellschaften hervor, die Befürworter/innen meinen eine Gesellschaft mit vielfältigen Kontakten und – interkultureller! – Kommunikation zwischen den Gruppen und Personen. Diese multikulturelle Gesellschaft kann sich nur in einem freiheitlichen



Die interkulturelle Pädagogik ist seit langem ein Thema in Nürnberg, Buch von 1992; Foto: Archiv IR

persönlich hat, wenn sie Literatur heranziehen, um ein tieferes Verständnis über Herkunft und Bedeutung von Kreuz und Kopftuch zu gewinnen, und die Menschenrechte im Blick haben – dann ist das für mich interkulturelles Lernen. Wenn dieses Lernen systematisch und wissenschaftlich erfolgt, wenn alle Religionen und Ethik gleichgestellt sind, wenn multiperspektivisch und nicht eurozentristisch unterrichtet wird, wenn der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund dem der Gesellschaft entspricht – dann spreche ich von Interkultureller Bildung (IKB). (Mehr zu den Begriffen siehe Kasten Begriffsklärungen S. 7)

Auf dem Weg dahin sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Aber nun drohen wir abzustürzen. Ein Rückblick:

Von der Ausländerpädagogik zur Interkulturellen Bildung

1955 begann die Anwerbung von Männern und Frauen aus den Anrainerländern des Mittelmeers. Das anfängliche Rotationsprinzip erwies sich bald als nicht praktikabel, da die meisten dauerhaft gebraucht wurden und ihre Familien zu sich holten. Damit kam erstmals eine größere Zahl von ausländischen Kindern in die deutschen Schulen. Die pädagogische Antwort darauf waren bis Ende der 1970er, teilweise noch in die 80er Jahre hinein Maß-

nahmen, die unter dem Begriff Ausländerpädagogik firmierten: national homogene muttersprachliche Klassen zur Rückkehrförderung oder auch Vorbereitungsklassen zum Ausgleich von Sprachdefiziten. In den 1990er Jahren kamen vermehrt Asylsuchende sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler ins Land, so dass sich der Fokus erweiterte. Und auch andere strukturell benachteiligte Gruppen wie Behinderte und Homosexuelle wurden z. T. in den Blick genommen. In der Wissenschaft begann sich der Begriff der interkulturellen Bildung (und Erziehung) durchzusetzen.

Das Jahr 2001 war ein Schlüsseljahr für die weitere Entwicklung. Einerseits brachten die Terroranschläge vom 11. September die Multikulturelle Gesellschaft für manche ins Zwielficht. Andererseits führten die Ergebnisse der ersten PISA-Studie, die eine krasse Benachteiligung von Schüler/innen mit Migrationshintergrund offenlegte, zu der Erkenntnis, dass eine neue Ausrichtung der Bildungspolitik notwendig sei. Die bayerische Staatsregierung ergriff ab 2002 verschiedene Maßnahmen, die im Wesentlichen auf das frühzeitige Erlernen des Deutschen abzielten, wie z.B. die Sprachlernklassen oder die Vorkurse Deutsch.

In der pädagogischen Arbeit der Stadt Nürnberg hatte sich bereits Ende der 80er Jahre der Begriff der Interkulturellen Bildung durch-

Extremistisches Sperrfeuer führt zu Verunsicherung

Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen und Mölln (1992) waren erste Höhepunkte der Anschläge auf Flüchtlinge, die seitdem nicht abgerissen sind. Seit 1999 zog der NSU mordend durch das Land, was erst 2011 durch den Tod von Böhnhardt und Mundlos bekannt wurde. 2010 erschien das Buch „Deutschland schafft sich ab“ des früheren Spitzenmanagers Thilo Sarrazin, 2014 began-



Die Elternlotsinnen und -lotsen für schulische Bildung (Projekt NEST von IPSN) erhielten 2013 den Interkulturellen Preis des Integrationsrates; hier mit Diana Liberova und OBM Dr. Ulrich Maly; Foto: Archiv IR

nen die Pegida-Demonstrationen und die AfD entwickelte sich zur fremden- und muslimfeindlichen Partei. Während extremistische Positionen immer mehr in die Gesellschaft

und demokratischen System mit garantierten Menschenrechten, Gewaltenteilung, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit entwickeln. Beides ist nun in Gefahr, nicht

nur durch Salafisten und Rechtsextreme in Deutschland. In Ungarn und Polen sind Freiheitsrechte bereits eingeschränkt, in den USA ist ein Mann an die Macht bekommen, der mit Gewaltenteilung nichts anzufangen weiß und vorzugsweise mit Dekreten zu regieren versucht, in Frankreich droht der Front National stärkste Kraft zu werden. Besonders besorgniserregend ist, dass die Kampagne zum Referendum in der Türkei das Klima auch in Deutschland zu vergiften droht, zwischen eingessenen Deutschen und Türkischstämmigen, aber auch innerhalb der türkischen Community.

Verteidigung der Demokratie, Stärkung der Zivilgesellschaft

Das Wahlergebnis in den Niederlanden zeigt: Wenn sich demokratische Parteien nicht von rechts verführen lassen und den Extremisten Widerstand leisten, dann kann die freiheitliche Gesellschaft gewinnen. Die jüngsten Eintritte in die demokratischen Parteien, die Bewegung Pulse of Europe, die vielen Helferkreise für Geflüchtete! All dies zeigt, dass wir immer noch auf einem guten Weg sind. In Nürnberg allemal mit einer Stadtratsmehrheit und einer Verwaltung, die für Integration einsteht, mit einer Vielzahl interkulturell arbeitender Einrichtungen und Initiativen. Und last but not least der Integrationsrat.

Interkulturelles Lernen und Partizipation in der Schule

Auf der Schule, der einzigen Institution, die alle besuchen, liegt eine besondere Verantwortung. Diese Schülerschaft ist in den Großstädten multikulturell, so dass sich das interkulturelle Lernen als Grundlage anbietet. Im Kasten rechts sind zentrale Elemente der IKB dargestellt. Die Berücksichtigung der kulturellen Identität und Multiperspektivität sind besonders wichtig, doch bedeuten sie keineswegs die Relativierung der demokratischen Errungenschaften. Heute kommt es vielmehr ganz besonders darauf an, dass wir bei allem Respekt vor anderen für unsere Demokratie streiten und diese auch vorleben! Und auch dabei kann die Schule eine Menge leisten. Denn hier „können Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, wie man gemeinsame Angelegenheiten vernünftig miteinander regeln kann. Die Schule soll ein Lebens- und Erfahrungsraum sein, eine Gesellschaft im Kleinen, eine Polis, wo die Verhaltensweisen, die wir von mündigen Bürgerinnen und Bürgern erwarten, täglich gelebt und gelernt werden.“ (Website Laborschule Bielefeld). Die schulische Polis nimmt gesellschaftliche Verantwortung im Innern wahr und mischt sich auch in die Gestaltung der Welt ein, wobei sich das eine nicht vom anderen trennen lässt. „Schulen ohne Rassismus/Schulen mit Courage“ setzen sich couragiert gegen Diskriminierung in der eigenen Schule ein und beteiligen sich auch an Initiativen gegen Rassismus in der Gesellschaft.

Ist die interkulturelle Bildung also überholt? In Verbindung mit mehr Partizipation ist sie heute wichtiger denn je.

Bernhard Jehle ist Direktor des Instituts für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg

Anmerkungen:

Zur Entwicklung der Interkulturellen Bildung bis 2013 siehe „IPSN: Schule interkulturell. Geschichte – Theorie – pädagogische Praxis am Beispiel Nürnberg. Würzburg 2013. Zur Partizipation in der Schule siehe: Bernhard Jehle: Heterogenität als Chance. In: ders. (Hg.): Herausforderung Vielfalt – Schule gemeinsam gestalten. Kronach 2016.

Interkulturelle Bildung

Bernhard Jehle

„Interkulturelle Bildung

1. ist eine Querschnittsaufgabe und keinem Unterrichtsfach zugeordnet,
2. richtet sich nicht speziell an Menschen mit Einwanderungshintergrund, sondern an alle: Lehrer/innen, weitere Beschäftigte, Schüler/innen und Eltern,
3. ist eine Entwicklungsaufgabe zur Veränderung von Deutungsmustern, Einstellungen und Haltungen,
4. hat als übergreifende Ziele die Entwicklung interkultureller Kompetenzen und die Schaffung einer Willkommenskultur,
5. entwickelt einen multiperspektivischen Unterricht, in den die Herkunft der Schüler/innen Eingang findet,
6. berücksichtigt deren kulturelle Identität,
7. erarbeitet ein schulinternes Sprachenkonzept, das auf den Prinzipien von Mehrsprachigkeit und durchgängiger Sprachförderung beruht,
8. zielt auf eine Veränderung ausgrenzender und diskriminierender Strukturen in Staat, Gesellschaft und Bildungswesen,
9. muss notwendige Fördermaßnahmen zielgerichtet möglichst in den normalen Unterrichtsablauf integrieren,
10. begreift Lehrkräfte und Eltern mit Einwanderungsgeschichte als wichtige Akteure der Veränderung.“

Interkulturelle Bildung wird mittlerweile oft in Einheit mit „Inklusiver Bildung“ diskutiert.

Zu den verwendeten Begriffen

Interkulturelle Bildung

„zielt in erster Linie auf Grundhaltungen und geistige Orientierungen ab, die sich aus der Wissensvermittlung allein nicht ergeben, so unverzichtbar diese ist. Entscheidend ist eine Haltung der Offenheit und die Bereitschaft, die eigenen kulturellen Selbstverständlichkeiten zu reflektieren und die eigenen Wertvorstellungen zu relativieren“. (Georg Auernheimer)

Interkulturelle Kompetenz

„ist die Fähigkeit eines Individuums, in interkulturellen Situationen effektiv und angemessen zu agieren; sie wird durch bestimmte Einstellungen, emotionale Aspekte, (inter)kulturelles Wissen, spezielle Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie allgemeine Reflexionskompetenz gefördert. Angemessen und effektiv ist interkulturelles Handeln dann, wenn wichtige ‚kulturelle‘ Regeln, die die Akteure für verbindlich halten, nicht verletzt werden und die Beteiligten das Kommunikationsziel trotzdem erreichen.“ (Bertelsmann-Stiftung 2006)

Interkulturelle Maßnahmen im städtischen Schulwesen (Auswahl)

1983:

Vorlesungsreihe des PI „Islam in der Schule“, Kurse Türkisch und Serbokroatisch in der Schule

1987:

Seminar „Kinder in Spannungsfeld zwischen Islam und dem Leben in der deutschen Gesellschaft“

1989:

Der Schulpsychologische Dienst erhält eine Stelle für "andere Kulturen und Sprachen"

1990:

Tagung „Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft“ – Nürnberger Erklärung *)

1994:

„100 Projektideen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“ (Projektbüro Schule)

2001 – 2003:

Netzwerk für Interkulturelle Kommunikation und Berufliche Integration – Xenos Nürnberg 2002:

Erste interkulturelle Trainingsmaßnahmen (Xenos Nürnberg und InkuTra) und Beginn der Ausbildungskurse „Moderator/in für In-

terkulturelle Kommunikation“

2005 – 2013:

Reihe „Anstöße – Forum interkultureller Dialog“

2006:

Start von SCHLAU – Übergangsmanagement in die Berufsausbildung

2009:

Start von „NEST – Elternlots/inn/en für schulische Bildung“

2010:

- Start der bay. Berufsintegrationsklassen an der Beruflichen Schule 5
- Erster bay. Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“

2012 – 2014: „XENOS – Integration und Vielfalt“, u.a.:

- Qualifizierung Prozessbegleitung und Unterrichtsentwicklung mit Fokus auf interkulturellem Lernen
- Entwicklung und Erprobung mehrerer Schulkonzepte zur Willkommenskultur
- Programm Unterrichtsentwicklung mit Schwerpunkt Interkulturelle Bildung an Nürnberger Mittelschulen

- Erstellen von „Berufvideos“ zur interkulturellen Öffnung der Stadt Nürnberg

2014:

- Fachtag Interkulturelles – Lehren und Lernen im Zeichen der Diversität

2015:

- Fachtag Interkulturelles Lernen – Unterrichten in der Migrationsgesellschaft
- Neun der 39 Mitarbeitenden des IPSN haben Einwanderungshintergrund

2015:

- Fachtag Interkulturelles Lernen – Unterrichten in der Migrationsgesellschaft

- Neun der 39 Mitarbeitenden des IPSN haben Einwanderungshintergrund

*) in: Pommerin-Götze u.a. (Hrsg.): Es geht auch anders! Leben und Lernen in der Multikulturellen Gesellschaft. Frankfurt/M. 1992 (siehe Foto S. 6)



Bernhard Jehle, Antonio Fernandez, Abdurrahman Gümrükcü, Friedrich Popp, Ottmar Jäger, Dimitrios Krikelis, Ilhan Postaloglu, Lemia Yiyit, Jean-Pierre T. Muteba (v.l.n.r.) im Historischen Rathausaal; Foto Archiv IR

Flüchtlinge in Deutschland 1945/1950 – 2015/2016

Versuch eines Vergleichs

Horst Göbbel

„Das Ertrinken von Flüchtlingen im Mittelmeer ist auch ein Versagen des Christlichen Abendlandes.“

(Pfr. Dr. Ekkehard Wohlleben in seiner Predigt am 5. März 2017 in Nürnberg St. Sebald)

2016/2017 heißt es immer wieder, die Welt sei aus den Fugen geraten. Der Nahe Osten versinke im Chaos, Europa befinde sich in einer schweren Krise (Brexit, Rechtspopulisten auf dem Vormarsch), Afrika sei erschüttert durch politische Instabilität, Herrschaft der regierenden Plünderer (Kleptokratie), Armut und Hunger ohne Ende, bewaffnete Konflikte, rasant steigende Bevölkerungen ohne Zukunftsperspektiven, autoritäre Regime hätten Auftrieb, die USA würden mit dem neuen Präsidenten Donald Trump unsicheren Zeiten entgegengehen, Russland unter Präsident Wladimir Putin wende sich mehr und mehr von demokratischen Strukturen ab und baue seine aggressive Außenpolitik aus (Ukraine, Syrien), Flüchtlingsströme und Flüchtlingskrisen seien kaum zu steuern.

* * *

Das eindeutig beherrschende innen- und europapolitische Thema 2015/2016 in Deutschland war die Flüchtlingskrise. Manche Politiker oder Medien haben 2015 und 2016 die aktuelle Zuwanderung von mehr als einer Million Flüchtlingen mit der Aufnahme von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkriegs verglichen. Salopp wurde erklärt, damals habe das kriegszerstörte Deutschland mehr als 10 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, warum könne nun ein hochentwickeltes reiches Deutschland eine Million Flüchtlinge nicht verkraften? Ähnlich argumentierte man bezüglich Europa: „Die 500 Millionen Europäer werden doch wohl imstande sein, eine Million Flüchtlinge in Europa aufzunehmen!!!“ Andererseits hörte man auch die Aussage: Na ja, die Flüchtlingsproblematiken von 1945 und die von 2015 seien nicht zu vergleichen.

Sind die beiden Flüchtlingskrisen wirklich nicht vergleichbar?

demokratisch gefestigt.

• In nicht wenigen Gemeinden fand sich nach 1945 die eingesessene Bevölkerung in kürzester Zeit in der Situation einer Minderheit

genwärtigen Flüchtlingsfrage keineswegs abschätzen. Die Kriege im Nahen Osten bis Afghanistan, die steigende Zahl der „gescheiterten Staaten“ und der weltweite Terrorismus

unterschiedlicher Herkunft zusammen (Syrier, Albaner, Kosovaren, Iraker, Afghanen, Serben ...). Die Flüchtlinge heute kommen aus anderen Kulturräumen, haben unterschiedliche



Evakuierung von Deutschen aus dem Osten mit der Bahn im Herbst 1944; Foto: Archiv Göbbel

wieder. – 2015/2016: In keiner Kommune ist die einheimische Bevölkerung durch Einquartierung von Flüchtlingen zur Minderheit geworden.

• Bis in die 1960er Jahre lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen bei über 20 Prozent. Das heißt, damals war jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik ein Flüchtling, ein Vertriebener, oder er stammte von diesem Personenkreis ab. – 2015/2016 ist der Anteil der Flüchtlinge landesweit unter 2 Prozent. • Die Umsiedlung, Flucht, Vertreibung und

als wesentliche Ursachen der gegenwärtigen Fluchtbewegungen werden wohl in absehbarer Zeit nicht beendet werden. Damit bleiben markante Unsicherheiten: Wie lange dauert der Flüchtlingszustrom? Welche Dimensionen hat er? Wie verhält sich die aufnehmende Gesellschaft?

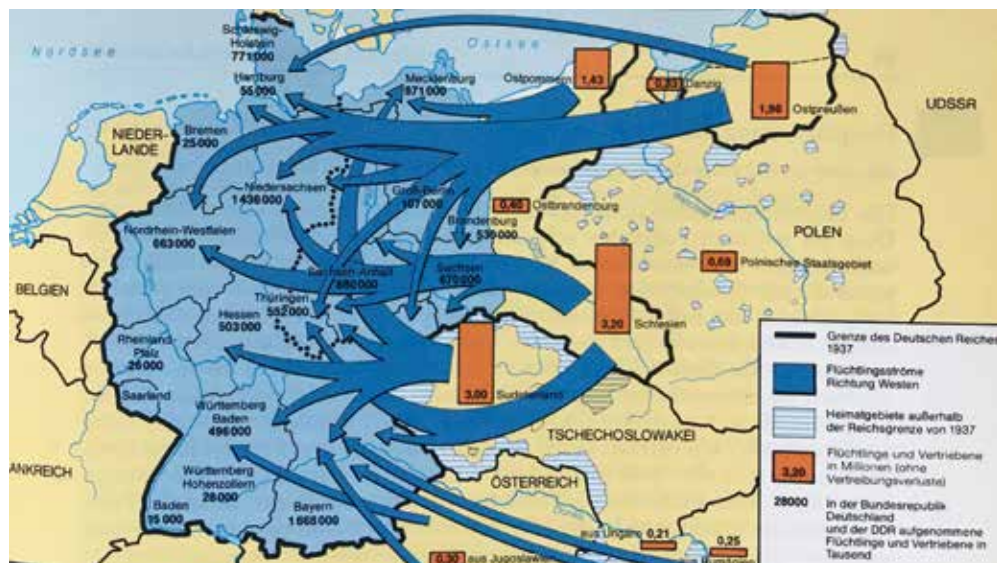
• Die deutsche Flüchtlingsfrage war eine Folge der nationalsozialistischen Herrschaft, ihres angezettelten Weltkrieges und des Bestrebens der Alliierten, möglichst homogene Nationalstaaten durch punktuelle Umsiedlungen zu schaffen. Bei allen Differenzen lag der Flüchtlingsfrage nach 1945 die gemeinsame nationale Erfahrung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu Grunde, die auch auf einer gemeinsamen Geschichte beruhte. Die Opfer der Flucht und Vertreibung um 1945 gehörten dem gleichen Kulturraum an, hatten die gleiche kulturelle Identität, waren Angehörige eines Volkes, sprachen eine Sprache, und auch wenn sie protestantisch und katholisch waren, haben sie einen Gott angebetet, und sie trugen das gemeinsame Schicksal eines verlorenen Krieges. Die Flüchtlingsfrage war außerdem nach dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen auf einen Teil Europas beschränkt. Die Flüchtlinge wurden vorwiegend innerhalb eines Landes vertrieben. Es kamen Deutsche zu Deutschen, wenn auch mit großen Unterschieden in Bezug auf Dialekte, Mentalitäten, Konfessionen und Sozialisationen. – Demgegenüber ist die gegenwärtige Flüchtlingsfrage mit ihrer globalen Dimension das Ergebnis von unterschiedlichen Migrationsprozessen, individueller Flucht vor Krieg, Verfolgung, Not und Elend bzw. politischer Verfolgung, Zwangsmigration und Erwerbsmigration und fasst Menschen mit

Identitäten, sind Angehörige unterschiedlicher Völker, kennen die deutsche Sprache nicht, gehören verschiedenen Religionen (vorwiegend islamischen Richtungen) an und haben zum Teil unterschiedliche Beweggründe für ihre Flucht: Bürgerkriegsflüchtlinge (Syrien, Irak, Somalia ...), Wirtschaftsflüchtlinge (Balkan) ...

• Die Alters- und Berufsstruktur der Flüchtlinge nach 1945 war von derjenigen der aufnehmenden Gesellschaft nicht unterschiedlich. – Die Altersstruktur der gegenwärtigen Flüchtlinge ist nicht homogen: Zwar gibt es viele Familien, Frauen und unbegleitete Kinder, jedoch bilden junge Männer eine verhältnismäßig große Gruppe. Die Berufsstruktur erscheint höchst uneinheitlich und unterscheidet sich deutlich von jener der deutschen Aufnahmegesellschaft.

• Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945 hatten den gleichen rechtlichen Status (deutsche Staatsangehörigkeit), ähnliche Kriegserfahrungen, ein gemeinsames, national begründetes kulturelles Band und eine gemeinsame Sprache. – Flüchtlinge der Gegenwart verfügen weder über einen einheitlichen rechtlichen Status, noch gibt es, bis auf die wichtige Fluchtursache Krieg, andere gemeinsame Merkmale, die sie als Gruppe charakterisieren und die der aufnehmenden Gesellschaft ähnlich sind.

• Die große Zahl der Vertriebenen ab 1945 und die rasche Folge, in der sie eintrafen, bargen ein hohes Konfliktpotential in sich. Die Landkreise wehrten sich massiv gegen den steigenden Zuzug von Ostflüchtlingsen. Einweisungen in Privatwohnungen, auch unter Gewaltanwendung, standen auf der Tagesordnung. Solche Erfahrungen verstärkten die Ab-



Flucht und Vertreibung von Deutschen aus dem Osten nach Deutschland; Buchners Kolleg Geschichte

Versuch eines Vergleichs der Flüchtlingsproblematik 1945/50 und 2015/16

• 1945 war Deutschland wirtschaftlich am Boden, besiegt, besetzt, zerstört, die Bevölkerung schwer traumatisiert - 2015 ist Deutschland wirtschaftlich stark, finanziell potent,

Aufnahme der deutschen Vertriebenen erfolgte im Rahmen eines bereits 1945 feststehenden überschaubaren Prozesses und eines überschaubaren Zeitraums von rund fünf Jahren. - Dagegen lassen sich 2015/2016 sowohl die Intensität als auch die Dauer der ge-

lehnung, welche die Flüchtlinge und Vertriebenen erfuhren. Gegenseitige Vorurteile gegenüber Fremden und Fremden spielten keine geringe Rolle. – Die Voraussetzungen für die Aufnahme der gegenwärtigen Flüchtlinge in Deutschland unterscheiden sich von denen nach 1945. Die Bundesrepublik entscheidet oder versucht darüber zu entscheiden, wer aufgrund welcher Kriterien für wie lange aufgenommen und wer zurückgeschickt wird oder zurückgeschickt werden soll. Die Flüchtlinge kommen in der Regel zunächst in gemeinsame Unterkünfte (Grenzzentren, Transit- oder Registrierzentren, Aufnahmeeinrichtungen ...) Schon die Überlegung, ungenutzten privaten Wohnraum zu requirieren, führt heute zu einem bundesweiten Echo. Aber die Flüchtlinge kommen in ein wirtschaftlich prosperierendes, wohlhabendes, funktionierendes, auf Gewaltenteilung beruhendes Staatswesen mit einer hoch effizienten Verwaltung auf allen Ebenen. Sie kommen zudem in eine Gesellschaft, die trotz wachsender Fremdenfeindlichkeit auch die Willkommenskultur praktiziert. Anders als Nachkriegsdeutschland ist die Bundesrepublik nicht verpflichtet, alle Flüchtlinge aufzunehmen. Sie kann selbst im Rahmen der durchaus veränderbaren gesetzlichen Bestimmungen entscheiden, wer bleiben darf und wer umkehren muss. Und sie tut es noch in einem Maße, für das es internationale Anerkennung gibt.

• In Meinungsumfragen äußerten viele Vertriebene von 1945, die eingesessene Bevölkerung sähe sie nicht als Deutsche an, sondern halte sie für Menschen geringeren Wertes, für Fremde oder Unheil bringende Bettler. Die ursprüngliche Skepsis schlug in dem Maße in Ablehnung um, als sich abzeichnete, dass es sich bei den Flüchtlingen und Vertriebenen nicht um Gäste, sondern Dauerbewohner handeln würde. Die Flüchtlingskrise nach 1945 barg viel sozialen Sprengstoff: „Die Flüchtlingsfrage tickte, wie eine Zeitbombe im Gebäck des jungen Staates“ (Hans-Peter Schwarz). Die befürchtete desintegrierende



Wohnsiedlung in Nürnberg-Langwasser nach 1945 für deutsche Vertriebene und Flüchtlinge; Postkarte aus dem Archiv Kett

politisch, kulturell – darüber wird spekuliert bzw. kontrovers diskutiert. Ob die Flüchtlinge zumindest langfristig helfen werden, den demographischen Faktor abzufedern, ist nicht sicher. Ob sie die von der Wirtschaft händelnd gesuchten Arbeits- und vor allem Fachkräfte liefern, muss sich noch erweisen. Und ob es mit den Flüchtlingen gelingt, die Waage der deutschen Sozialsysteme auszubalancieren, wird zwar angenommen, ist aber durchaus nicht sicher. Sicher ist nur, dass es ein langer Prozess mit Ungewissheit, in jedem Fall nicht vorhersehbaren Folgen sein wird – für die Flüchtlinge und die deutsche Gesellschaft.

Masse in absehbarer Zeit in diese Wirtschaft integriert werden können, das ist noch offen.

• 1945 und nachher waren die deutschen Flüchtlinge vorwiegend Frauen, Alte und Kinder (weil die Männer meist in Kriegsgefangenschaft oder gefallen waren). – Heute sind die Flüchtlinge mehrheitlich Männer (oft als erste ihrer Familie) und zahlreiche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

• Transportmittel glichen sich damals und heute: Zug, Schiff und Fußmarsch. – Aber tausende Flüchtlinge wagen gegenwärtig den Weg über das Mittelmeer: Vertriebene aus Syrien, aus dem Irak, aus Libyen oder jenseits der Sahara. Gewissenlosen Schleppern ausgeliefert, versuchen sie, auf herrenlosen Booten ihr nacktes Leben zu retten. In tausenden Fällen gelingt nicht einmal das. Verdurstet oder elendig ertrunken, werden sie an den Küsten der europäischen Urlaubshochburgen an Land gespült, gescheitert vor der Festung Europa. Mehr als 3.000 starben allein 2014, mehr als 5.000 Menschen 2016 (Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR).

• Leicht hatten es die Zuflucht Suchenden nach dem Zweiten Weltkrieg nicht. Dennoch ist ihre Integration auf lange Sicht gelungen, und über die Jahre haben die Entwurzelten aus dem Osten Deutschlands zu einem anderen Land gemacht. Die Bundesrepublik, wie wir sie heute kennen, ist ohne sie nicht zu denken. – Leicht haben es die Zuflucht Suchenden auch heute nicht. Die Integrationshürden (Sprache, Mentalität, Traditionen, Religiosität, Ausbildung) sind heute ungleich höher. Aber der Staat und die Gesellschaft heute können vielfältige Integrationsangebote und Integrationsleistungen erbringen (Unterbringung, soziale Leistungen, Integrationskurse, Alltagsbildung, Berufsbildung, Arbeit ...)

• Ähnlich wie 1945/1950 ist das „ambivalente Gefühl“, oft auch die feindselige Haltung der Einheimischen gegenüber den Flüchtlingen, auch gegenwärtig präsent (trotz einer Phase 2015, in der Willkommenskultur dominierte).

• Viele Flüchtlinge waren damals und sind heute regelrecht traumatisiert.

• Der finanzielle Aufwand bei Aufnahme und Integration war nach 1945 und ist heute enorm.

• Der Eingliederungsprozess deutscher Flüchtlinge und Vertriebenen hat mehr als drei Generationen gedauert. – Verglichen damit darf angenommen werden, dass die Folgen der gegenwärtigen Flüchtlingsfrage ein Experiment mit noch höheren Anforderungen und mit einer deutlich längeren Dauer und auch offenem Ausgang sind.

* * *

Für die beliebte Gleichsetzung der Flüchtlingsfrage nach 1945 und der gegenwärtigen liefern die empirischen Befunde keine Grundlage. Die Unterschiede zwischen der Flucht nach Deutschland 1945/1950 und 2015/2016 sind unübersehbar, manche Autoren sprechen von „gravierenden Unterschieden.“

Der vielfach bemühte Vergleich in der Öffentlichkeit, in der politischen Auseinandersetzung, in den Medien und auch in der Wissenschaft führt zu keinen einheitlichen Urteilen. Je nach politischer Einstellung wird die Aufnahme von großen Flüchtlingszahlen uneingeschränkt befürwortet oder restlos abgelehnt. Eines kann man jedoch klar festhalten: Die Aufnahme von Millionen von Migranten in kurzer Zeit kann gelingen, ihre Integration kann erfolgreich verlaufen, und die Flüchtlinge und die aufnehmende Gesellschaft können daraus Vorteile ziehen. All das kann, muss aber nicht eintreten und tritt schon gar nicht zwangsläufig ein.

Horst Göbbel ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates

Quellen:

<https://www.merkur.de/politik/flucht-1945-heute-gross-sind-unterschiede-zr-5544124.html>,

Mathias Beer: Die „Flüchtlingsfrage“ in Deutschland nach 1945 und heute - Ein Vergleich (April 2016),

<http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-fluechtlingsfrage-deutschland-nach-1945-und-heute>



Flüchtlinge in einer Nürnberger Flüchtlingsunterkunft im Januar 2016; Foto: Archiv Göbbel

und destabilisierende Wirkung trat jedoch glücklicherweise nicht ein. - Wie viele der gegenwärtigen Flüchtlinge in Deutschland bleiben werden, lässt sich nicht voraussagen. Wie viele noch kommen werden, noch weniger. Wie die Integration der gegenwärtigen Flüchtlinge erreicht werden kann, ist ungewiss. Wie die langfristigen Folgen der gegenwärtigen Flüchtlingsaufnahme aussehen werden – demographisch, wirtschaftlich,

• Das deutsche Wirtschaftswunder, einerseits Integrationsmotor und andererseits auch Ergebnis der gelungenen Flüchtlingsintegration, sog die Arbeitskraft der Vertriebenen geradezu auf. (1948 ca. 40% Arbeitslosigkeit, Mitte der 1950er Jahre Vollbeschäftigung). – Die heutige positive Wirtschaftslage ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass überhaupt so viele Flüchtlinge in so kurzer Zeit aufgenommen werden konnten. Ob die Flüchtlinge in der

Zuwanderung aus Rumänien

Wie Deutschland profitiert und Rumänien langfristig verliert

Horst Göbbel

In einem Beitrag im Spiegel vom 17.01.2014 unter dem Titel „Die Zuwanderungsprofiteure“ schreibt Vera Kämper unter anderem: Spitzenpolitiker der Union gehen gegen "Ar-

le: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-aus-bulgarien-und-rumänien-wie-bayern-profitiert-a-943640.html>



Rumäniensommerfest am Jakobsplatz in Nürnberg; Foto: Archiv Göbbel

mutswanderung" auf die Barrikaden. „Seit am Neujahrstag der Arbeitsmarkt der Europäischen Union (EU) auch für Bulgaren und Rumänen vollständig geöffnet wurde, hagelt es Kritik von CDU und CSU“. Deutschland könne sich das nicht leisten, sagen auch Landräte in Bayern. Doch gerade bayerische Unternehmen profitieren von der Fachkräfte-Migration aus Rumänien und Bulgarien. Nur eben von Fachkräften. Der Deggendorfer Landrat Bernreiter sagt: „Wir brauchen die jungen Leute und heißen alle willkommen.“ Ein Problem seien vielmehr diejenigen Migranten, die sich durch Scheinverträge und Scheinselbstständigkeit ins deutsche Sozialsystem mogeln würden. Ein Hintertürchen, das geschlossen

Es war schon eine regelrechte Sensation als im November 2014 Klaus Johannis, ein Deutscher, ein Siebenbürger Sachse aus Hermannstadt (Sibiu), zum rumänischen Staatspräsidenten gewählt wurde (In Rumänien leben derzeit bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 19 Millionen Menschen nur etwa 60.000 Deutsche). „Klaus Johannis will Rumänien umkrempeln: weg vom Image der Armut und Korruption, hin zu einem attraktiven Standort für deutsche Investoren“, schreibt Ralf Borchard vom Deutschlandfunk am 26.02.2015 und zitiert Klaus Johannis: „Deutsche Investoren sind in Rumänien überall sehr gesucht. Das ist eine Tendenz, die ich natürlich fördern möchte.“ Die Angst vor sogenannter Ar-



Kirchweihfest in der Orthodoxen Rumänischen Kirche in Nürnberg mit Metropolit Serafim; Foto: Archiv Göbbel

werden müsse. "Armutszuwanderung können wir uns nicht leisten", sagt Bernreiter. Von den 344 rumänischen und 112 bulgarischen EU-Bürgern, die in Cham gemeldet sind, beziehen nur fünf Sozialleistungen. Weitere zwölf sind arbeitssuchend gemeldet, kassieren jedoch kein Geld vom Staat. (Quel-

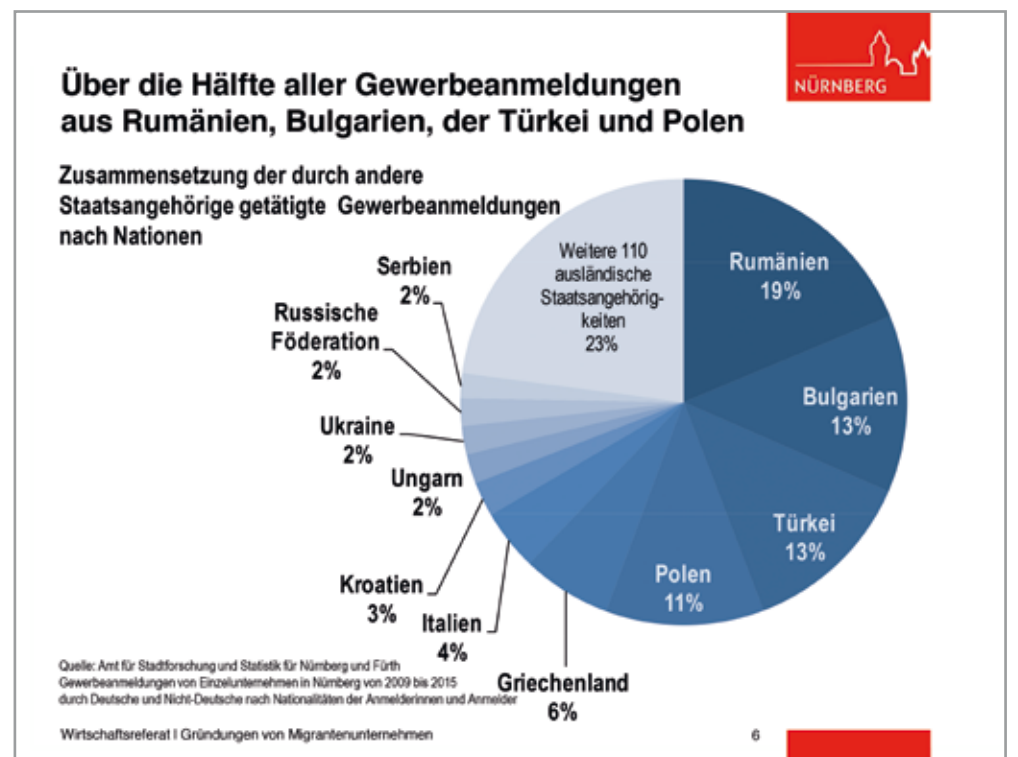
mutswanderung aus Rumänien ist für den Präsidenten kein Gegenargument. Er meint, das Thema werde in Deutschland einseitig diskutiert, denn: „Es ist für Rumänien nicht einfach zu sehen, wie viele gut qualifizierte junge Leute auswandern, nach Deutschland, nach Großbritannien, nach Frankreich, nach

Spanien, dort arbeiten, Leute, die Rumänien dann nicht hat – im Gegenzug dann aber ein viel, viel kleinerer Strom von Auswanderung in dem Sinne von Leuten, die tatsächlich versuchen, vielleicht ein leichtes Auskommen zu finden, dass dieser Teil dann immer wieder hochgespielt wird.“ Genau dieser Aspekt wird in der deutschen Diskussion vernachlässigt oder bewusst verschwiegen: Junge, oft gut ausgebildete, zupackende Menschen verlassen ihre (in diesem Fall) osteuropäischen Heimatländer und fehlen diesen kurz- und langfristig. Dies mit äußerst negativen Folgen für diese Länder und deren Zukunft.

In Deutschland stieg die Zahl der Rumänen von 355.000 (2014) über 455.000 (2015) auf weit über 500.000 im Jahre 2016. In Nürnberg ist dieser Trend noch deutlicher: von 1.872 (2006), 2.358 (2007), 2.366 (2008), 2.523 (2009) über 2.924 (2010), 3.734 (2011), 4.705 (2012), 5.820 (2013), 7.351 (2014), 9.330 (2016) auf 10.449 im Jahre 2016 – das ist ein Zuwachs von über 550% innerhalb von 10 Jahren. Rumänen in Nürnberg standen in der Reihenfolge von mitwohnenden Nationalitäten 2009 an 8.

fähige Leistungsberechtigte mit rumänischer Staatsangehörigkeit Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende). (Quelle: Stadt Nürnberg – Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 22.03.2017)

Unverkennbar hat die Emigration rumänischer Staatsbürger in den Westen mikro- und makroökonomische Folgen. Positiv sind zu bewerten z.B. die Reduzierung der Arbeitslosenquote im Land, die erheblichen finanziellen Transferleistungen, insbesondere für die einzelnen Menschen bzw. Familien, die oft überlebenswichtig sind (jährlich zwischen 7 und 10 Milliarden EURO – Studie von Monica Roman und Cristina Voicu 2010). Die Trennung von Familien ist natürlich nicht positiv, insbesondere die Trennung von Kleinkindern, die oft bei den Großeltern aufwachsen. Die Alterung der Gesellschaft nimmt in Rumänien zu. Entvölkerung ganzer Landstriche ebenso – mit entsprechenden negativen Folgen für Infrastruktur, Bildungseinrichtungen, Zusammenleben. „Wir verlieren unsere Gehirne durch die Auswanderung der fähigsten jungen Menschen“, äußerte einer meiner



Stelle, seit 2014 an dritter Stelle nach Türkei und Griechen. Zwischen 2009 und 2015 verzeichnen rumänische Staatsangehörige in Nürnberg die höchste Zahl von durch ausländische Staatsangehörige getätigte Gewerbeanmeldungen, nämlich 19% (Bulgaren 13%, Türken 13%, Polen 11%, Griechen 6%, Italiener 4%) von insgesamt Menschen aus 131 Ländern. (Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik Nürnberg, März 2017)

Die Meisten der zugewanderten Rumänen der letzten Jahre haben sich selber um Arbeit und Unterkunft gekümmert, nehmen kaum irgendwelche Integrationsmaßnahmen in Anspruch, vergrößern die ohnehin angespannte Gesamtlage der rund 8.000 Flüchtlinge (seit 2015) in Nürnberg (auch auf dem knappen Wohnungsmarkt) nicht. Von den 2016 in Nürnberg lebenden 10.449 rumänischen Staatsangehörigen bezogen lediglich 91 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Sozialhilfe/SGB XII). Im November 2016 bezogen in Nürnberg 793 erwerbs-

Gesprächspartner bei meinem Besuch in Bukarest im Mai 2016.

„Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern des Balkans befindet sich Rumänien nicht auf der Flüchtlingsroute von der Türkei nach Mitteleuropa und ist auch noch kein Mitglied des grenzkontrollfreien Schengen-Raums. Das Niveau der Leistungen für Asylbewerber ist prekär, entspricht aber dem niedrigen Niveau der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen, die rumänische Staatsbürger beziehen. Diese Faktoren erklären die sehr geringe Zahl der gestellten Asylanträge, aber auch das relativ geringe Interesse der Politik an einer seriösen Debatte über das Thema. Rechtspopulistische, flüchtlingsfeindliche Kräfte spielen in Rumänien keine bedeutende Rolle ... Regierung und Präsident haben sich bei der letzten Abstimmung über die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU gegen das System der Pflichtquoten ausgesprochen. Zugleich wollen sie aber eine Isolation Rumäniens in dieser Frage vermeiden. Die Aufnahme einer größeren Zahl von Schutzsuchenden

wäre langfristig eine Chance für das Land, um die Defizite auszugleichen, die durch die massive Arbeitsmigration nach Westeuropa in den vergangenen 15 Jahren entstanden sind.“ (Quelle: Silviu Mihai: Flüchtlinge im Land der Auswanderer? Friedrich-Ebert-Stiftung Februar 2016 – <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/12332.pdf>)

„Das Hauptproblem des heutigen Rumäniens ist seine demographische Entleerung. Unsere Katastrophe ist eine biologische, mit schrecklichen politischen Auswirkungen. (...) Dreimal wurde Rumänien von den besten seiner menschlichen Ressourcen ausgezehrt. Menschen mit Format, mutige Männer und intelligente Frauen, gut ausgebildete Bürger und über mehrere Generationen hinweg geformte Intellektuelle wurden getötet oder sie sind aus diesem Land geflohen. (...) Die erste demographische Entleerung fand im letzten Jahrhundert statt und war eine unglückliche Folge der beiden Weltkriege. Im Gefolge der zwei brutalen Auseinandersetzungen verlor Rumänien in Summe etwa 10% seiner Bevölkerung, vor allem Männer. (...) Nach 1945 ist der unwiederbringliche Verlust von mindestens zwei für das soziale Gefüge des modernen rumänischen Staates wichtigen ethnischen Gruppen, der Juden und Deutschen, unermesslich. (...) Die dritte und größte demografische Entleerung trat nach 1989 ein (es wird geschätzt, dass zwischen 2,5 und 3 Millionen Mitbürger in den letzten 25 Jahren ausgewandert sind). (...) Gegangen sind junge Menschen bis zu 35 Jahren, gut erzogene und gut ausgebildete Männer und Frauen voller Mut und Initiative, mit einem psychologischen Profil von Gewinnern, Individuen, die bereit sind zu arbeiten, die bereit sind bemerkenswerte Anstrengungen zu unternehmen, um sich einer neuen Gesellschaft anzupassen.“ (Doru Pop – Dozent an der Fakultät für Theater und Fernsehen, Babes-Bolyai Universität Clujim im Interview mit dem Autor)

Von St. Petersburg über den Integrationsrat in den Nürnberger Stadtrat

Interview mit der SPD-Stadträtin Diana Liberova

Stergios Oikonomou

In einem Gespräch verriet Frau Diana Liberova, dass sie in St. Petersburg geboren ist und dort aufwuchs. Mit 16 Jahren ist sie nach Nürnberg gezogen und hat hier nach Ihrem

Stadtratsfraktion an.

Zu der Frage, wie sie sich hier eingelebt hat und inwieweit das Leben hier ihren Vorstellungen entspricht, räumt sie ein, das Leben



Stergios Oikonomou mit Diana Liberova; Foto Archiv IR

Abitur am Labenwolf-Gymnasium Pädagogik und Musikwissenschaften studiert. Nach dem Studium begann sie ihre Berufstätigkeit am Institut für Pädagogik und Schulpsychologie. Sie arbeitet dort in der Lehrerfortbildung mit den Schwerpunkten Deutsch als Zweitsprache und interkulturelle Bildung. Seit 2003 ist sie auch in der Politik aktiv. Das bezeichnet sie als ihr großes Hobby. Vom Mitglied im Ausländerbeirat führte ihr Weg über den Integrationsrat, wo sie zuletzt den Vorsitz hatte (2010 – 2014), in den Stadtrat. Seit dieser Amtsperiode (ab 2014) gehört sie der SPD-

läuft nie so, wie man es sich vorstellt, weil das Leben sich immer anders entwickelt. Aber sie stellt fest, dass sie sich nach Überwindung sprachlicher Schwierigkeiten, Kennen- und Verstehen-Lernen der hiesigen Kultur und Bräuche gut eingelebt hat, ihr Herz an Nürnberg hängt und sie sich der Stadt verbunden fühlt. Dieser Prozess ist natürlich nie abgeschlossen.

Der Zufall brachte sie auf den Weg zur Politik, als sie für den Verein „Freunde von St. Petersburg“ 2003 für den Ausländerbeirat kandidierte. Jetzt ist sie voll in der Politik

engagiert: Sie ist Mitglied in drei Ausschüssen des Stadtrates und integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Neben der integrationspolitischen Arbeit sind für sie Soziales und Kultur eine Herzensangelegenheit. In der wachsenden Anzahl von armutsgefährdeten Bürgern sieht sie eine große Gefahr für den sozialen Frieden. Sie unterstreicht dabei die Wichtigkeit, den richtigen Weg zu finden, zwischen bloßer Unterstützung und „Hilfe zur Selbsthilfe“. Dringliches Thema ist es, Perspektiven für diese Menschen, insbesondere Familien mit Kindern, zu schaffen.

Kultur ist für sie wichtig, denn Kultur umfasst alles, was das Leben in einer Kommune lebenswert macht. Deshalb bedauert sie, dass Kultur oft als Luxus angesehen wird. Spannend findet sie die Bewerbung Nürnbergs zur Kulturhauptstadt. Sie erhofft sich eine Stärkung des Wir-Gefühls, wenn die Stadt es schafft, das historische Nürnberg mit der neuen, bunten, vielfältigen Stadt zu verbinden, d.h. auch die neuen Bürgerinnen und Bürger mit einzubinden.

Als ehemalige Vorsitzende des Integrationsrates und insbesondere aus ihrer heutigen Sicht als Stadtratsmitglied empfiehlt sie dem Integrationsrat, die politischen Kontakte besser zu nutzen. Sie weist darauf hin, der Integrationsrat sei nicht nur Berater der Verwaltung, sondern auch Berater der Politik. Außerdem rät sie dem Integrationsrat, mehr Öffentlichkeitsarbeit in Form von Presseerklärungen und Stellungnahmen zu betreiben und zwar nicht nur in der Tagespresse, sondern auch in den „social media“, weil Letztere von Menschen mit Migrationshintergrund mehr genutzt werden als Zeitungen.

Stergios Oikonomou ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates

Integration dem Zufall überlassen?

Interview mit Arif Taşdelen, Mitglied des Bayerischen Landtags

Horst Göbbel

Beim großen Jahresempfang der Nürnberger SPD am 16. März 2017 im Historischen Rathaussaal nutzte ich die Gelegenheit, auch den Nürnberger Landtagsabgeordneten Arif Taşdelen, Integrationspolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion, zum Thema Integration in Bayern zu fragen.

Nürnberg natürlich. Oder mehr in Nürnberg als im Landtag. Wie läuft Integration in Bayern zur Zeit? Können wir damit zufrieden sein? AT: Ich glaube, dass wir bisher Integration eher dem Zufall überlassen haben, d.h. wenn ich mit vielen Bürgermeistern zusammen komme, sagen sie immer, du horch, bei mir

ben den Maßstab an Integration an dem festgemacht, ob Ausländer negativ auffallen in einer Stadt oder nicht und haben uns eigentlich gar nicht um die Integration gekümmert. D.h. dort, wo es keine Probleme gibt, hat das Stadtoberhaupt, die Verwaltung, gedacht, Integration funktioniert in unserer Stadt sehr gut. Dass das aber nicht der Fall ist, sehen wir an vielen, vielen Beispielen. Wenn man auf die Migranten-Community zugeht und sagt, der Oberbürgermeister oder der Herr Bürgermeister oder die Frau Bürgermeisterin hat gesagt, dass Integration sehr gut funktioniert, dass ihr gute Kontakte habt, fragen sie erst mal, wer ist denn der Herr Oberbürgermeister der Stadt. Das heißt, wir haben es tatsächlich dem Zufall überlassen.

Wir haben 2015 als SPD-Landtagsfraktion ein Integrationsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht, wo wir Migrantinnen und Migranten Angebote gemacht haben, aber auch gesagt haben, wenn ihr diese Angebote nicht annimmt, müsst ihr auch mit Sanktionen rechnen. D.h. wir sehen Integration nicht mit rosaroten Brillen, sondern sehr, sehr realistisch. Das wurde leider von der CSU abgelehnt, weil sie gesagt haben, Integration kann man nicht mit Gesetz regeln, sondern das muss man leben. Jetzt, vor wenigen Monaten, hat die CSU-Fraktion ein Integra-

tionsgesetz eingebracht bzw. die bayerische Staatsregierung, das diesen Namen Integrationsgesetz nicht verdient. Da geht es eher darum, um es mit einem Satz zu beschreiben, Migranten und Migrantinnen werden eher als Gefahr dargestellt. Und die bayerische Bevölkerung muss eher damit rechnen, dass sie überfremdet wird und deswegen muss man dieses Problem in Griff kriegen. Grundtenor ist, ich mach dir zwar keine zusätzlichen Angebote, aber wenn du diese zusätzlichen Angebote, die ich dir nicht mache, nicht in Anspruch nimmst, musst du mit der Keule des Gesetzes rechnen. Das dient aber auch nicht der Integration. Deswegen haben wir eine Enquete-Kommission „Integration“ im Bayerischen Landtag eingefordert, die wir jetzt auch haben, dessen Vorsitz ich übernehmen durfte, und wir versuchen jetzt mit allen Fraktionen inklusive Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die mit den einzelnen Themen auch vertraut sind, ein Integrationskonzept für Bayern zu erarbeiten, das wir dann dem Bayerischen Landtag übergeben können mit der Hoffnung, dass dieses Integrationskonzept auch umgesetzt wird.

HG: Lieben Dank, Herr Taşdelen.

AT: Herr Göbbel, danke.



Arif Taşdelen mit Dimitrios Krikelis und Sotirios Xognos (v.r.n.l.); Foto: Archiv IR

HG: Herr Taşdelen, Sie sind seit längerer Zeit im Bayerischen Landtag zu Hause. Auch in

hat Integration sehr gut funktioniert, bei mir fallen Ausländer gar nicht auf. D.h. wir ha-

AGABY-Fachtagung mit Format

Interview mit Joachim Herrmann (Bay. Innenminister), Stephan Doll (DGB-Vorsitzender) und Mitra Sharifi (AGABY-Vorsitzende)

Horst Göbbel

Bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen zeigen Engagierte eine großartige Hilfsbereitschaft, die es zu bewahren und zu fördern gilt. Zugleich stellt die Zunahme rassistischer und populistischer Tendenzen uns alle vor Herausforderungen. Schließlich gewinnt die Förderung von Integration im ländlichen Raum als Handlungsfeld an Bedeutung. Erfah-

über den großen Zuspruch zur Tagung und äußerte deutliche kritische Worte auch an die Adresse der Bayerischen Staatsregierung (z.B. Abschiebungen nach Afghanistan, Bayerisches Integrationsgesetz, sie verlangte von der CSU „nicht auf der rechten Welle mitzuschwimmen“). Klug und gekonnt moderierte AGABY-Geschäftsführerin und Projektleiterin

die Sozialarbeit mit Flüchtlingen als Beispiel zu 100% übernommen werden müsste. Wir brauchen deutlich mehr, wir brauchen Integrationskurse, wir brauchen auch vernünftige Deutschkurse sozusagen, also von daher kann schon noch mehr passieren.

HG: Auf jeden Fall! Es gibt ja nichts Gutes, das nicht verbessert werden kann.

SD: Genau! Auch in Bayern.

HG: Eine zweite, ganz kurze Antwort auf folgende Frage: Das bayerische Integrationsgesetz haben Sie vorhin auch apostrophiert. Was ist denn da los?

SD: Ich denk', dass die Staatsregierung hier den falschen Weg geht. Das ist kein Integrationsgesetz, eher ein Integrationsverhinderungsgesetz. Wichtiger Gedanke ist ja praktisch davon auch die „Leitkultur“, und ich denke, wir brauchen keine Leitkultur. Unsere Leitkultur sollte die bayerische Verfassung sein, die ist wunderbar. Es ist immer gut, reinzuschauen in das Grundgesetz. Wenn wir uns alle das als Leitgedanken nehmen, dann brauchen wir keine Leitkultur.

HG: Lieben Dank! Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag!

SD: Ebenso!

HG: Die bayerische Staatsregierung, in diesem Fall ganz konkret Emilia Müller, hat kürzlich in einem Vortrag gesagt, „In Bayern, im Land der gelebten und gelungenen Integration, da haben wir es nicht verkehrt gemacht.“ Kann man das so akzeptieren, Frau Sharifi Neystanak? Ist Bayern ein Land der gelungenen Integration?

MSN: Ich glaube, es gibt tatsächlich Statistiken, die zeigen, dass der Mensch in bestimmten Bereichen in Bayern, gerade was Arbeitsmarktintegration angeht, z.B., gute Chancen hat, weil es einfach auch der Wirtschaft gut geht. Für mich gehört aber mehr zur Integration. Und ich finde, in dem Punkt Zusammengehörigkeit und Strukturen schaffen für die Integration gibt es noch Luft nach oben. Ich denke, man muss loben, dass einiges passiert, auch Dank für das Engagement für viele, viele Menschen in diesem Land, aber ich glaube, wir könnten auch dort, wo tatsächlich auch politisch geschaltet werden kann, die Bedingungen noch bessern.

HG: „Luft nach oben“ ist ja eine schöne Metapher. Luft nach oben...

MSN: Ja, das heißt, dass es in bestimmten Bereichen auch noch nicht gelungen ist. Wir haben Herausforderungen, die wir weiterhin bewältigen müssen, z.B. heißt es im Bildungs-

nicht unbedingt bessere Chancen, auf weiterführende Schulen zu kommen, und das hat mit dem Schulsystem zu tun. Und ich denke, es sind Punkte, die wir verbessern müssen. Und ja, auch was politische Partizipation angeht. Ich glaube, auch da können wir noch ein bisschen mehr.

HG: Mit anderen Worten, nichts ist so gut, was man nicht auch verbessern könnte.

MSN: Ja, das kann man auch sagen...ja!

HG: Jetzt ein Letztes und zwar die Frage zu dem heute ein wenig anders apostrophierten bayerischen Integrationsgesetz, das bayerische „Integrationsverhinderungsgesetz“, hab' ich gehört. Das sind so die zwei Begriffe. Wie sieht es denn aus? Was ist es denn?

MSN: Ich habe eine klare Position zu diesem Gesetz. Ich muss sagen, es könnte ein Integrationsgesetz geben, indem man z.B. die Rolle der Kommunen klarer ausdrückt, indem man



AGABY-Fachtagung in Erlangen, Foto: Archiv AGABY (Chandra Moennsadt)

rungen der größeren Städte und Gemeinden sollen hier genutzt, passende Konzepte ausgearbeitet werden. Diese und weitere dringende Fragen der Integration von zugewanderten Menschen in Bayern waren wesentliche Themen einer viel beachteten Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) in Erlangen am 1. April 2017. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Gelegenheit, einerseits mit Politikerinnen und Politikern die brennenden Fragen zu diskutieren und in sieben praxisbezogenen Foren (Social Media für die Integrations- und Beiratsarbeit, Chancen für den Arbeitsmarkteinstieg, Beiräte im ländlichen Raum, Fit werden gegen Rassismus und Nationalismus, Kollegialer Austausch zur Bildungsarbeit, Kommunale Strukturen erfolgreicher Integration, Deutsche Sprache – Fundament zum neuen Start?) intensiv unterschiedliche Aspekte und Konzepte kennen zu lernen. Wichtig ist es, auch im Jahr der Bundestagswahl das Thema Integration nicht aus den Augen zu verlieren. Der diesjährige Tagungsort Erlangen bot zudem mit seiner langen Tradition erfolgreicher Integration den idealen Rahmen für diese Fachtagung.

In Bayern wurden mehr als 200.000 Flüchtlinge 2015/2016 aufgenommen. Davon leben ca. 125.000 noch in gemeinsamen Unterkünften, 80.000 dezentral. Ca. 40.000 sind in Praktika bzw. in Arbeit. Im bayerischen Staatshaushalt wurden für 2017/2018 4,7 Milliarden Euro für Flüchtlinge und deren Integration beschlossen.

Bestmögliche Integration, sagte Innenminister Joachim Herrmann in seinem Grußwort, liege in beiderseitigem Interesse. Sprache, Bildung, Arbeit, Wohnraum seien wesentliche Integrations- und Stabilisierungsfaktoren – auch um Parallelgesellschaften zu vermeiden. Dr. Florian Jannik, Erlanger Oberbürgermeister, erinnerte an die jahrhundertealte Aufgabe der Stadt, neue Gesellschaftsgruppen zu integrieren – Hugenotten im 17. Jh., deutsche Flüchtlinge und Vertriebene sowie die Siemensgemeinschaft nach 1945 (was keineswegs konfliktfrei war, jedoch erfolgreich). Er betonte, Erlangen halte auch heute an seinem Motto: „Offen aus Tradition“ fest. Mitra Sharifi Neystanak, AGABY-Vorsitzende, freute sich

Réka Lörincz den an Erkenntnissen und Begegnungen reichen Tag.

Am Rande der Tagung stellte Horst Göbbel Staatsminister Joachim Herrmann, dem DGB-Vorsitzenden Mittelfranken Stephan Doll, und der AGABY-Vorsitzenden Mitra Sharifi Neystanak einige Fragen.

HG: Herr Staatsminister Herrmann, ganz



Joachim Herrmann; Foto: Archiv Göbbel

kurz, was macht Bayern zum Land der gelingenden Integration?

JH: Wir bieten unseren jungen Menschen wirklich gute Bildungsangebote, wir haben bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und das führt dazu, dass sich Migranten, die in unser Land kommen, besser integrieren als dies in anderen Bundesländern der Fall ist.

HG: Und das bayerische Integrationsgesetz hat neben seinen Schwächen auch seine Stärken?

JH: Wir haben den klaren Grundsatz Fördern und Fordern und das führt bei der ganz großen Mehrheit der Migranten zu sehr guten Ergebnissen.

HG: Danke, Herr Herrmann.

HG: Jetzt will ich Ihnen zwei Fragen stellen, Herr Doll. Heute hat u.a. Innenminister Herrmann auch gesagt, Bayern sei das Land der gelingenden Integration. Können Sie dem zustimmen?

SD: Also, ich denke, dass tatsächlich die Staatsregierung viel macht, ... Finanzausstattung wie andere Länder, aber es läuft auch einiges schief, z.B. müsste eins gemacht werden, dass



Stephan Doll; Foto: Archiv Göbbel

z.B. auf die Reform der Lehrerbildung klarer abstellt bzw. einfach klarstellt, okay, wir wollen gemeinsam Integration schaffen. Das ist auch ein Statement für die Gesamtbevölkerung, nicht nur für die Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern auch für die Gesamtbevölkerung, dass man sagt, es ist eine Herausforderung, es braucht Konzepte, wir wollen so etwas zusammenfassen. Das, was aber in diesem Gesetz steht, ist meines Erachtens an vielen Stellen fachlich tatsächlich kontraproduktiv, die Menschen mit Migrationshintergrund werden praktisch unter Generalverdacht gestellt. Das Gefühl, das dieses Gesetz vermittelt, ist nicht ein „wir“, nicht das Gefühl der Wertschätzung des Zusammenlebens und der Stärkung dieser Gemeinsamkeiten, sondern sehr oft wird eine kulturelle Hierarchie hingestellt, dann wird ein bisschen repressiv sozusagen so getan, als müssten diejenigen, die in dieses Land kommen, dazu gezwungen werden, sich zu integrieren, und das ist nicht mein Gefühl. Ich finde, sie brauchen Unterstützung, sich zu integrieren. Und ich glaube, dass es auch viele Menschen gibt, die schon immer hier waren, die noch nicht integriert sind. Und jetzt sehen wir sogar, wir haben jede Menge Leute, die wir gut integrieren müssen, damit sie endlich die deutsche Verfassung wirklich leben. Wir haben da viel mehr Menschen ohne Migrationshintergrund, die das mittlerweile in Frage stellen und nicht leben. Wir haben da eine Aufgabe, die nur gemeinsam gemeistert werden kann. Und in diesem Anerkennungsbereich, in diesem wertschätzenden Bereich muss der Ton sich ändern. Der Ton dieses Gesetzes ist der falsche Ton. Und es sind auch einzelne Maßnahmen drin, die einfach kontraproduktiv sind.

HG: Ganz lieben Dank!



Mitra Sharifi Neystanak; Foto: Archiv Göbbel

bereich, dass Bayern gute Statistiken hat. Ich sage, in Bayern haben die Migrantenkinder zum Teil bessere Kompetenzen, als in manch anderem Bundesland vielleicht, damit aber

So geht Integration

Praktikerkonferenz und Interview mit Emilia Müller (Bay. Sozialministerin) und Kerstin Schreyer (Bay. Integrationsbeauftragte)

Horst Göbbel

Wir werden immer wieder mit den Defiziten, mit den Schwierigkeiten, mit den Problemen von zugewanderten Menschen konfrontiert. Konferenzen, Statements von Akteuren aus den Bereichen Migration und Integration beißen sich förmlich fest in der Darstellung negativer Aspekte der Zuwanderung, wenn es um Details geht.

Am 8. März 2017 – Internationaler Frauentag – fand in München bei der Hanns-Seidel-Stiftung eine Praktikerkonferenz unter dem Titel „So geht Integration“ statt, bei der Erfolge und Faktoren für gewinnbringende Integration breit zur Sprache kamen. Drei jüngere zugewanderte Mitbürger – ein Kurde aus der Türkei, eine Vietnamesin und ein in Deutschland geborener Tunesier –, die aufgrund ihrer Vita Beispiele für gelungene Integration sind, erzählten über ihre Erfahrungen. Filme über ihren Werdegang in Deutschland, ein vielschichtiges Podiumsgespräch mit Staatsministerin Emilia Müller, zuständig für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, sowie Diskussionen in fünf Foren (Ehrenamt, Kommunale Strukturen, Motivation und Eigenverantwortung, Frauen und Arbeitsmarkt) unter Leitung von Sachverständigen aus dem universitären Bereich boten allen Anwesenden Informationen und Impulse für ihre vielfältigen Integrationstätigkeiten in Bayern.

In ihrem Grußwort nannte Staatsministerin Müller auch einige Zahlen zum Thema Flüchtlinge. In Bayern wurden mehr als 200.000 Flüchtlinge 2015/2016 aufgenommen.



Emilia Müller; Foto: Archiv Göbbel

men. Davon leben ca. 125.000 noch in gemeinsamen Unterkünften, 80.000 dezentral. Ca. 40.000 sind in Praktika bzw. in Arbeit. Im bayerischen Staatshaushalt wurden für 2017/2018 4,7 Milliarden Euro für Flüchtlinge und deren Integration beschlossen.

Am Rande der Konferenz beantworteten Staatsministerin Emilia Müller und die neue Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Kerstin Schreyer einige Fragen von Horst Göbbel für „Nürnberg interkulturell“.

HG: Frau Staatsministerin Müller: Spricht man in ihrer Familie viel über Integration?

EM: In meiner Familie spricht man selbstverständlich viel über Integration, weil ich jeden Tag damit befasst bin, und mein Mann ist für mich auch ein guter Ansprechpartner, der in seiner Rolle einen guten Ratschlag für mich hat.

HG: Sie sagten, Ihr Mann kommt aus Italien und dadurch haben Sie auch einen Bezug zu Menschen mit Migrationshintergrund.

EM: Nicht nur das. Mein Mann ist zwar italienischer Staatsangehöriger, ist aber Südtiroler und deutschsprachig. Da muss man sehr differenzieren. Aber die Verwandtschaft, die wir haben, auch in Südtirol, ist zum Teil italienisch, italienischer Herkunft, aber auch deutscher Herkunft. Deswegen ist bei uns Integration schon wichtig.

HG: Wir haben seit letztem Jahr einen Schwiegersohn, einen Italiener, und deswegen kann ich das ein wenig nachvollziehen... Meine eigentliche Frage lautet: Was meinen Sie, wird die Integration schwieriger in Bayern sein während der nächsten Zeit?

EM: Also das sind sicher große Herausforderungen im Hinblick auf die Integration, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch als Basis das Integrationsgesetz jetzt gut umsetzen können und das sind auch sozusagen die Leitplanken für die Integration der vielen Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft.

HG: Sie haben am Podium die Frau ins Zentrum gestellt. Warum?

EM: Weil Frauen die Ansprechpartnerinnen sind auch im Integrationsbereich. Weil Frauen doch das Familienleben prägen und daran interessiert sind, dass die traditionelle Kultur erhalten bleibt, aber auch, dass ihre Kinder eine Zukunftsperspektive bekommen.

HG: Lieben Dank!

EM: Ich danke auch.

Die neue Bayerische Integrationsbeauftragte Kerstin Schreyer (MdL) hatte in ihrem Grußwort ihre Unabhängigkeit betont, da sie keinem Staatsministerium zugeordnet sei.

HG: Frau Schreyer, ich gratuliere Ihnen zur neuen Funktion als Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung. Können Sie mir in wenigen Worten sagen, welche Bereiche der Integrationspolitik für Sie wesentlich erscheinen?

KSCh: Zunächst einmal ist es aus meiner Sicht wichtig, festzustellen, dass Integrationspolitik weit mehr ist als Flüchtlings- und Asylpolitik. Das steht mir momentan viel zu sehr im Vordergrund. Dabei sind Flüchtlinge und Asylbewerber nur eine, vergleichsweise sogar kleine, Gruppe unter den Menschen mit Migrationshintergrund. Durch die Flüchtlingsfrage stehen derzeit auch die jungen Männer ein wenig im Vordergrund. Dabei kommt den Frauen aus meiner Sicht eine besondere Bedeutung zu, wenn Integration gelingen soll. Schließlich sind sie in den Familien meist auch für die Kindererziehung verantwortlich – und damit auch diejenigen, die Werte und Umgangsformen weitergeben. Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich Spracherwerb, denn Deutsch zu sprechen ist die Voraussetzung für Teilhabe in unserer Gesellschaft. Einen weiteren Schwerpunkt werde ich in meiner Arbeit auf das Thema Werte und Achtung unserer Gesetze legen. Bei allem Verständnis für kulturelle Unterschiede und die eigene ethnische oder religiöse Identität ist für mich ganz entscheidend, dass alle die Regeln für das Zusammenleben akzeptieren und sich daran halten. Denn nur dann wird die Integration in Bayern auch weiter erfolgreich sein.

HG: Ist Integration in Bayern, in Deutschland, aktuell schwieriger geworden?

KSCh: Durch den Zuzug von mehr als einer Million Asylbewerbern und Flüchtlingen seit

dem September 2015 steht unsere Gesellschaft vor der größten Herausforderung seit der Integration der Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. Hinzu kommt, dass die meisten Menschen, die jüngst zu uns gekommen sind, einem anderen Kulturkreis angehören. Außerdem sind während der



Kerstin Schreyer; Foto: Pressestelle des Landtags

Flüchtlingskrise hauptsächlich junge Männer und unbegleitete Minderjährige – und weniger Frauen und Kinder – zu uns gelangt. Das Bildungsniveau unter den Flüchtlingen ist sehr unterschiedlich, und es können längst nicht alle so schnell in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden, wie das manche erwartet haben. Insofern ist Integration in Deutschland nicht leichter geworden. Auf der anderen Seite funktioniert die Integration aller übrigen Zuwanderer besser und geräuschloser als je zuvor.

HG: Sie haben vorhin in Ihrer Begrüßung das Thema Integration von Frauen sicher nicht nur des Internationalen Frauentags wegen hervorgehoben. Welche Rolle soll es in Ihrer Tätigkeit spielen?

KSCh: Frauen sind für mich der Schlüssel zur gelingenden Integration. Wenn ihre Integration gelingt, gelingt auch die Integration ihrer Familien und schließlich der gesamten Communities. Eine umso größere Herausforderung sind die Rollenbilder, die gerade Menschen aus dem islamischen Kulturraum in unser Land mitbringen. Diese hindern Frauen nicht selten daran, unsere Sprache zu lernen, Bildung zu erwerben und eine Arbeit zu finden, die ihren Fähigkeiten entspricht. Dadurch gehen unserer Gesellschaft gewaltige Ressourcen verloren – ganz abgesehen, dass eine solche Benachteiligung auch unseren Werten widerspricht. Denn die Frauen bleiben so meist vollkommen von ihren Männern abhängig, was gerade im Hinblick auf die Altersversorgung oder auch die Prävention im Gesundheitsbereich gewaltige Probleme zur Folge haben kann. Deshalb ist die Integration von Frauen – und auch ihr Schutz vor Gewalt und Diskriminierung – für mich ein ganz zentrales Thema und ein Schwerpunkt meiner Arbeit.

HG: Danke, Frau Schreyer.

Zwischenruf aus Europa

Kurzinterview mit Jean Asselborn

Horst Göbbel

Jean Asselborn ist Mitglied der Lëtzeburger Sozialistes Aarbechterpartei. Seit dem 30. Juli 2004 ist er luxemburgischer Außenminister, seit 2014 auch Minister für Immigration und Asyl. „60 Jahre nach den Römischen Verträgen und mehr als 70 Jahre nach der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen fallen wieder Töne, die an die tragische Geschichte Europas und das schreckliche Leid erinnern“, stellte Jean Asselborn im März im luxemburgischen Parlament fest. Beim Jahresempfang der Nürnberger SPD am 16. März 2017 im Historischen Rathaussaal hielt er die Hauptrede. Natürlich ging es dabei auch um Immigration und Integration in Europa. Ich fragte ihn nachher:

HG: Herr Minister Asselborn, Sie sagten vorhin, die Europäische Union sei im Krisenmodus. Und sie hätte Lähmungserscheinungen. Ist unter den aktuellen Bedingungen eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Integrationspolitik überhaupt möglich?

JA: Sie ist möglich, jedoch brauchen wir mehr Solidarität untereinander. Ohne Solidarität werden wir nie eine europäische Integrationspolitik bekommen. Zurzeit ist das noch immer schwierig. Insbesondere mit einigen Ländern...

HG: Wie kommt es, dass es so schwierig ist?

JA: Es ist eine Einstellung ... Ich glaube, es ist Angst, dass fremde Religionen hier eigentlich die Übermacht bekommen, dass fremde Kulturen die Übermacht bekommen. Wenn ein Land von 10 Millionen – wie Ungarn – 2000 syrische Flüchtlinge aufnehmen kann, wird Ungarn nicht zerstört werden, zum Beispiel. Das müssen wir noch überwinden. Wir sind noch nicht soweit.

HG: Schaffen wir es?

JA: Ja.

HG: Wir müssen es schaffen! Lieben Dank!



Jean Asselborn; Foto: Archiv Göbbel

JA: Alles Gute!

Zu klein wird die Erde für die Schüsse:
Brutaler Hass folgt jedem auf dem
Fuße...

Mikhail Godov

Integration durch Kultur und Kunst

Marina Susekov

„Der Verstand irrt, das Gefühl nie“

Robert Schumann

Migration gehört zum Leben seit dem Beginn der Menschengeschichte. Dafür gibt es viele Gründe. Jeder Mensch sucht „nach seinem Platz unter der Sonne“. Öfters als er wollte, musste er den Ort verlassen, „wo Mutters Wiegenlied erklang“. Wir sind alle Gäste auf dieser Erde und träumen davon glücklich zu sein, wo auch immer. Wenn der Mensch in einem fremden Land lebt, taucht die Frage nach Integration auf, unabhängig der eigenen Wünsche. Die Schlüsselrolle spielt die Sprache. Aber Kultur, Religion, Traditionen und Familiengewohnheiten bedürfen vielfältiger Verständigungsformen von beiden Seiten.

Als Mensch mit russischem Migrationshintergrund kenne ich viele Steine, die jedem von uns im Wege stehen, aber als Künstlerin, als Musikerin merkte ich, dass der schnellste Weg in der fremden Gesellschaft durch Kultur und Kunst führt. Integration beschreibt für mich den Prozess wachsenden Zusammenwirkens unterschiedlicher Menschen. Wenn wir Musik lauschen, egal welchen Komponisten, ob Wagner oder Tschaikowsky, Liszt oder Chopin, welche Bilder wir genießen, Dürer oder

durch Kultur und Kunst?“ Diese Frage stellte ich meinen Bekannten aus verschiedenen Ländern, die heute in Nürnberg leben, und erhielt folgende Antworten.

Alexej Obuchov, Musiker, Instrumentalist aus Russland, St. Petersburg, 20 Jahre in Deutschland:

„Integration ist für mich, ankommen in einem anderen Land. Ich fühle mich als Musiker mehr integriert. Am meisten gebe ich Konzerte für deutsches Publikum, spiele Balalaika, Gitarre und singe russische Volkslieder und bekomme dafür viel Applaus vom deutschen Publikum. Darüber bin ich sehr glücklich.“

Halima Jeupovic, Lehrerin aus Bosnien-Herzegowina:

„Kunst ermöglicht dem Menschen Gedanken und Gefühle auszudrücken, unabhängig von seiner Herkunft. Kunst erfordert keine Sprache und kennt auch keine Grenzen. Jede Kultur erlebt Kunst auf ihre eigene Art. Jedoch lebt Kunst von seiner Vielfalt, deshalb ist es wichtig sich für Neues zu öffnen, seinen Horizont zu erweitern. Miteinander können wir Kunst und Kultur durch unsere Verschiedenheit bereichern.“

Radovan Savic, Dipl.-Ökonom, Sänger, Gitarrenspieler aus Serbien, 17 Jahre in Deutschland:

ist meiner Meinung nach richtige Integration“.

Katharina Lick, Deutsche aus Kasachstan,



Bunte Schale 2016 „W-Internationale Show“ in der Meistersingerhalle; Foto: Archiv IZKK Bravissimo

„Kultur und Kunst ist der besonders netteste und effektivste Weg zur Integration. Alles andere braucht Analyse, Kritik, Vergleiche und verstärkt damit die Unterschiede zwischen

Rentnerin, ein Jahr in Deutschland:

„Integration in die Gesellschaft, das bedeutet, du musst alles akzeptieren, was es in dieser Gesellschaft bereits gibt, Kultur und Kunst. Hier gibt es vieles, was mir gefällt und ich feiere gern deutsche Feste, akzeptiere deutsche Gewohnheiten und Traditionen. Gerne verbessere ich meine Deutschkenntnisse. Das ist für mich nicht schwer und ich mache das mit Spaß.“

Robert Katianda, Dipl.-Betriebswirt, Vorsitzender des Vereins Afrodeutsche e.V.:

„Integration durch Kultur und Kunst ist ein schneller Weg, sich zu verbinden, sich zu akzeptieren, zur Anerkennung, zum Respekt.“

Gotscha Jaschgaschwili, Musiker aus Georgien, 20 Jahre in Deutschland:

„Jeder von uns muss seinen persönlichen Platz in der Gesellschaft finden, aber nicht vergessen die Kultur, Traditionen und Religionen in Deutschland. Wir bekommen viel von den Deutschen und müssen auch was bieten.“

John Phillips, Engländer, seit fast 7 Jahren in Deutschland, Englischlehrer in Nürnberg:

„Integration durch Kultur kann nur gelingen, wenn beide Seite bereit sind, sich für die Kultur der Anderen zu interessieren. Das heißt für Deutsche, dass sie sich für die Musik, die Kunst, die Sprache und die Lebensart ihrer neuen Mitbürger interessieren. Das heißt andersherum für die neuen Mitbürger,



Bunte Schale 2017 „Nürnberg sagt Willkommen“ in der Meistersingerhalle; Foto: Archiv IZKK Bravissimo

Picasso, Opern hören von Mussorgsky oder Verdi, Theaterstücke erleben von Brecht oder Shakespeare, wir erleben die gleichen Emotionen.

In unserem multikulturellen Nürnberg leben ca. 160 Nationalitäten. Aktive Personen aus verschiedenen Ländern haben ca. 200 Kulturvereine aller Altersgruppen geschaffen. Dieser Prozess geht weiter. Es gibt verschiedene Richtungen in dieser Arbeit. Kinder, Jugendliche und Erwachsene lernen Deutsch und vergessen nicht ihre Heimatsprache; sie tanzen, singen, sie veranstalten Theater, sie machen musikalische Abende, sie organisieren Ausstellungen von Handarbeiten und Malerei, sie feiern zusammen ihre nationalen und deutsche Feste mit nationaler Küche. Sie vergessen das nicht und tragen sie deshalb im Herzen.

„Was bedeutet für Sie persönlich Integration

Anita Ivanisevic, Leiterin von „FD Don Josip Kokoric“, Kroatien:

„Ich wurde als Gastarbeiterkind 1979 hier in Nürnberg geboren. Schon von Anfang an war ich aktiv in unserer kroatischen Gemeinde. Integration bedeutet für mich, andere Kulturen kennenzulernen und an meinem Leben mit teilhaben lassen. So wurden meine Geschwister und ich erzogen. Seines soll man lieben, aber andere Kulturen respektieren und schätzen lernen. So funktioniert ein gutes Miteinander.“

Inna Rogatshev, Russland, Mitarbeiterin in einer deutscher Firma, 15 Jahre in Deutschland:

„Integration sind für mich Selbstbewusstsein, Freiheit, Freude, Zufriedenheit und Erfolg, das ist die Möglichkeit, ein neues Leben im fremden Land anzufangen und mich neu zu realisieren.“

Menschen. Der einzige Weg erfolgt durch das Herz, was Liebe, Mitleiden, Respekt und humanitäre menschliche Gefühle auslöst. Dieser



Bunte Schale 2017 „Nürnberg sagt Willkommen“; Foto: Archiv IZKK Bravissimo

dass sie versuchen zu verstehen, warum man einst Deutschland das Land der Dichter und Denker genannt hat. Integration durch Kultur kann nicht gelingen, wenn die Bemühungen nur von einer Seite kommen.“

Wenn Politiker Gräben zwischen Menschen und Völkern erzeugen, was können Künstler anders machen? Mindestens dass Menschen verschiedener Herkunft auf einer Bühne miteinander auftreten, ob sie Muslime oder Christen, Armenier oder Aserbajdschaner, Iraner oder Iraker, Syrier oder Israelis, Russen oder Ukrainer, Deutsche oder Türken sind. Vergessen wir nicht, dass jeder Mensch von Frieden träumt.

Vielfältige internationale Veranstaltungen, Auftritte, Festivals in unserer Stadt bringen Künstler und Publikum zusammen.

Diese interessanten Ideen und Aktivitäten der Menschen mit Migrationshintergrund erhalten Unterstützung vom Amt für Kultur und Freizeit mit dem Inter-Kultur-Büro, vom Bürgerzentrum Villa Leon, vom Gemeinschaftshaus Langwasser, vom Haus der Heimat in Langwasser, von der Kulturwerkstatt auf AEG, vom Nachbarschaftshaus Gostenhof, vom südpunkt, vom AWO Kreisverband Nürnberg, vom Kulturladen Zeltner Schloss, von der Stadtbibliothek, vom Amt für Internationale Beziehungen, vom Menschenrechtsbüro und von vielen anderen.

Regelmäßig organisieren wir in Nürnberg internationale Vorstellungen, Konzerte, Festwochen, Wettbewerben sowie verschiedene Festivals, bei denen auch ein deutsches Publikum vertreten ist. Sehr bekannte Folklore- und Tanzfestivals im Gemeinschaftshaus Langwasser, organisiert von Abdurrahman Gümrüksü und dem türkischen Verein, wobei viele Länder ihre Tanzkunst präsentieren mit dem Motto: „Wir leben, wir tanzen und wir singen gemeinsam“.

Das neue Projekt „Bunte Schale“ in der Meistersingerhalle, initiiert vom Internationalen Zentrum für Kultur und Kunst „Bravissimo“ e.V. bringt schon im zweiten Jahr internationale Kultur auf die Bühne, wo man das jeweilige Land von verschiedenen Seiten kennen lernen kann. Die „Bunte Schale 2017“ brachte Künstler aus Brennpunkten des 21. Jahrhunderts auf die Bühne, mit dem Motto: „Nürnberg sagt Willkommen“.

Sehr bekannt, beliebt und besucht sind die Feste, Konzerte, Kulturtage, Festivals und Ausstellungen über Lateinamerika, Afrika, Russland, Spanien, Griechenland, Indien, Türkei und alle andere Nationalitäten, die in allen Stadtteilen Nürnbergs stattfinden. Nicht zu vergessen die internationalen Gerichte, die bei allen Festen angeboten werden.

Das heutige Nürnberg hat eine multikulturelle Seele, die in dem Spruch: „Vielfalt ist Mensch sein“ zum Ausdruck kommt. Kultur und Kunst spielen auf dem Weg der Integration in die deutsche Gesellschaft die wichtigste Rolle, um Herz und Seele der Menschen zu vereinigen. Wie schrieb bereits der Schuhmacher und Meistersinger Hans Sachs im 16. Jahrhundert im „Ein lobspruch der stat Nürnberg“: „... Nürnberg heißt freundlich leben“!

Marina Susekov ist Dipl.-Musikwissenschaftlerin, Vorsitzende des Vereins „Bravissimo“ und Mitglied im Integrationsrat. Der Artikel entstand unter Mitarbeit von Heinrich W. Haußmann, Dipl.-Sozialwirt

Chancengleichheit und gleiche Rechte für alle

Kamber Özdemir

Im letzten Jahrhundert gab es in Deutschland zwei große geplante Zuwanderungen. Nach dem Kriegsende hat es ab Mitte der 50er-Jahre einen großen Bedarf an sogenannten „Gastarbeitern“ gegeben. Die Mehrheit dieser „Gäste“ hat sich entschieden, in Deutschland zu arbeiten und sesshaft zu werden und kehrte nicht mehr in ihre Heimatländer zurück.

Die zweite große Einwanderungswelle bestand aus Menschen mit deutschen Wurzeln aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Ost- und Südosteuropa. Aus diesem Grund liegt Deutschland im Ranking der Länder mit den meisten Zuwanderungen sogar vor den klassisch anerkannten Zuwanderungsländern wie USA, Kanada und Australien.

Heutzutage leben in Deutschland mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Im Fall von Nürnberg bedeutet es, dass ca. 40 % der Einwohner einen Migrationshintergrund haben.

Als Deutschland noch versuchte, diese zwei Zuwanderungswellen nach seinen eigenen Bedürfnissen zu strukturieren und zu formen und diese nicht seinen freien Lauf lassen wollte, passierte eine ungeplante, dritte Einwanderungswelle. Plötzlich standen Flüchtlinge vor unseren Toren. Wir haben lange die Augen vor den Mächten verschlossen, die einen Flächenbrand verursacht haben, sodass Menschen in Irak, Libyen und Syrien sich gegenseitig an die Gurgel gingen. Viele wollten aus dieser Hölle entkommen. Tausende und Abertausende Menschen klammern sich an die Hoffnung, am Leben zu bleiben. Nicht wenige ertrinken dabei im Mittelmeer und in der Ägäis, während diejenigen, welche noch Benzin ins Feuer gießen, darüber diskutieren, wie man Europas Grenzen sicherer machen kann. Nach dem Auftauchen des Bildes, auf dem man den leblosen Körper des kleinen Aylin, der ans Festland gespült wurde, sah, hatten viele Gewissensbisse und schämten sich! Ein Hauptgrund für Einwanderungen ist, dass es einerseits sehr viele Menschen gibt, die aufgrund von schwierigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen zu einem Leben in Armut verdammt sind, während es andererseits eine kleine Anzahl an Menschen gibt, die in Reichtum und Wohlstand leben. Das liberale Wirtschaftssystem führt einerseits zu einem massiven Reichtum und andererseits geraten Millionen von Menschen in die Fänge der Hunger- und Armutsspirale.

Im Allgemeinen wanderten und wandern Menschen, die kein Recht von ihren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechten machen dürfen, Richtung der Länder aus, in denen es Reichtum, Wohlstand und relative soziale „Gerechtigkeit“ gibt. Umfragen zeigen, dass Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland immer noch mit massiven Problemen zu kämpfen haben. Der Verbund aus Einwanderungsvereinen, von deutschen linken und linksliberalen Verbänden und Parteien sowie Einzelpersonen konnten durch seinen jahrelangen Kampf zwar einen Fortschritt erzielen, aber es reicht bei weitem nicht aus, dass das Thema nicht mehr aktuell ist. Mit dem Einwanderungsgesetz, welches 2005 in Kraft getreten ist, hat Deutschland das erste Mal seine eigene Einwanderungspolitik umfassend reguliert. Auch wenn das im Jahr 2005 in Kraft getretene Einwanderungsgesetz ein positiver Schritt war, hat es bei weitem nicht dazu geführt, Diskriminierung und Ausgrenzung aus der Welt zu schaffen.

Wenn Deutschland seine allgemeine Politik nicht ändert, ist jeder gut gemeinte Schritt im Kommunalbereich – insbesondere in Nürnberg – wertvoll, aber es wird nicht ausreichend sein. Zum Beispiel stelle man sich mal die wichtige Frage, ob sich Menschen im Einwanderungsland integrieren können, wenn ihnen das Recht auf Wählen und Gewählt zu werden, welches ein bürgerliches Grundrecht ist, vorenthalten wird.

Einer Person, die auf eigenem Wunsch oder aufgrund von rechtlichen Problemen, keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, werden viele staatsbürgerliche Rechte vorenthalten. Staatsbürgerliche Rechte sorgen dafür, dass man wirtschaftliche und soziale Leistungen und Möglichkeiten besser beanspruchen kann.

Die Staatsbürgerschaft sollte ein Recht sein,

3. Probleme beim Wechsel an weiterführende Schulen sowie bei der Ausbildung.

Es steht ohne Zweifel fest, dass auch die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ihre Defizite haben. Die Probleme und Hürden, mit denen sie öfters im Bereich der Bildung konfrontiert werden, sind, dass sie von ihren Familien nicht ausreichend unterstützt werden können. Es gibt sprachliche Barrieren, viele Schulen und Lehrer kennen nur die eigene Kultur, sie können daher den Bedürfnissen der Kinder, die aus verschiedenen Kulturen stammen, nicht genug Aufmerksamkeit schenken. Trotzdem sind diese Defizite kein Hindernis dafür, dass ihre Fähigkeiten ans Tageslicht kommen. Die Bildungspolitik muss unter Berücksichtigung der genannten Aspekte neu reguliert werden, damit die Chancengleichheit bei Bildung hergestellt



Kamber Özdemir; Foto: Archiv AGABY (Chandra Moennsad)

dass jedem einen gleichberechtigten Status gibt. Ein staatsbürgerliches Bewusstsein muss entstehen und vorangetrieben werden, damit die bereits vorhanden Rechte genutzt und in Anspruch genommen werden. Wenn Menschen keinen Einfluss bei politischen Entscheidungsprozessen besitzen, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass sie auch ihre Rechte bei Bildung, Gesundheit, Unterkunft und sozialen Leistungen nicht ausreichend nutzen können. Eine ausgegrenzte Gruppe, der das Recht auf Wählen und Gewählt zu werden nicht gewährt wird, welche Möglichkeiten bleiben ihr noch, um ihre Situation zu verbessern und welche Macht hat sie, um ihre sozialen Rechte einzufordern? Das Zugehörigkeitsgefühl würde gestärkt werden, wenn alle Menschen die Rechte eines Staatsbürgers hätten, auch ohne den Besitz der Staatsbürgerschaft.

Auch wenn man die Beispiele noch vervielfältigen könnte, sollte man einen anderen wichtigen Punkt nicht aus den Augen verlieren, nämlich die Bildungssituation der Kinder mit Migrationshintergrund und deren Lösungsmöglichkeiten. Hürden und Probleme der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund können unter den folgenden Aspekten zusammengefasst werden:

1. Chancen-Ungleichheit bei Bildung
2. Sprachliche- und kulturelle Barrieren

werden kann. Teilweise hat man aufgrund der Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung immer älter wird, das Potenzial der Jugendlichen mit Migrationshintergrund erkannt und trotzdem ist die Politik noch weit davon entfernt, für Chancengleichheit bei Bildung sorgen zu können.

Im Jahr 2010 haben sich in Nürnberg der Ausländerbeirat und der Aussiedlerbeirat unter dem Namen Integrationsrat zusammengeschlossen. Der Integrationsrat führt, sowie auch die Vorgänger, wichtige Aktivitäten aus, um einen Beitrag bei der Lösungsfindung für die Probleme der in Nürnberg lebenden Zugewanderten zu leisten. Wir wissen, dass wenn diese Ziele erreicht werden, dass dies auch ein demokratisches Deutschland bedeuten würde.

Kamber Özdemir ist Sprecher des Arbeitsausschusses Flüchtlinge und Menschenrechte des Integrationsrates

Mit Verstand versuchen wir umsonst In diesem Leben alles zu begreifen: Bloß „tanzt das Leben nicht nach dieser Pfeife“!

Mikhail Godov

Zum Dialog gibt es keine Alternative

Horst Göbbel

Im Rahmen des Reformationsjubiläums 2017 fand am 22. April 2017 im Historischen Rathausaal das „Nürnberger Religionsgespräch – Wahrheit und Dialog“ statt. Umrahmt wurde es von erstklassigen musikalischen Beiträgen der „Nürnberger Barockbläser“, einer Klezmer Gruppe, Fatih Maraslioglu und Kerim und Daimi Gündüz. Dr. Ekkehard Wohlleben,

Dr.MB: Also gerade Europa ist sehr stark davon geprägt, dass wir in den letzten Jahrzehnten in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit verschiedenen Angehörigen verschiedener Religionen zusammenleben. Und das fordert uns heraus. Zuerst einmal müssen wir die eigene Religion deutlicher wahrnehmen, um unseren Glauben sprachfähig zu machen,

Seite muss man sagen, dass Religionen – da würde ich keine ausschließen – auch das Potenzial in sich tragen, den Wert des Menschen anzuerkennen, seine göttliche Bestimmung anzuerkennen und damit auch die Verbundenheit zwischen allen Menschen unabhängig von ihrem Glauben hoch zu achten und zu schätzen. Beides ist potenziell in den Religionen vorhanden. Welche Kraft sich dabei durchsetzt, ist auch meine persönliche Entscheidung, denn ich bin ja für meinen Glauben und seine Auswirkungen selbst verantwortlich. Und da sollten wir auch miteinander im interreligiösen Verhältnis uns stärken und miteinander für ein friedliches Zusammenleben in unserer Nachbarschaft, in unserer Stadt, in unserem Land wirken. Dass wir etwas tun können, steht für mich ganz außer Frage und es gibt ja viele Beispiele dafür, dass Angehörige unterschiedlicher Religionen sich gemeinsam einsetzen für Menschen, die in Not sind oder für andere wichtige Anliegen unserer Welt. Ich glaube, dass wir dieses Potenzial noch zu wenig nutzen und dass es unserer Gesellschaft gut täte, wenn wir das stärker nützen und auch unsere Religionen, unseren Glauben unter den Menschen, die Zweifel haben, die skeptisch oder ablehnend sind, damit auch stark machen und deutlicher kommunizieren, wofür wir stehen.

HG: In Nürnberg, Herr Bischof, in Nürnberg leben inzwischen Menschen aus mehr als 160 Nationen, Ethnien, Ländern mit unterschiedlichen Religionen, Konfessionen, Bräuchen, Traditionen ... Welche Rolle spielt dabei der Dialog?

Dr.MB: Ja, das ist wichtig. Das erste ist, wir Europäer waren ja gewohnt: Wir gehen in die Welt, durch Jahrzehnte und Jahrhunderte war das eine Bewegung aus Europa in die Welt. Jetzt erleben wir, die Welt kommt zu uns. Das globale Dorf wird Realität. Auch in Nürnberg, auch in Berlin, auch in Wien. Zuerst in den Städten, aber auch auf dem Land. Und das wird sich nicht zurückdrehen lassen. Es gibt kein Zurück zu einem homogenen christlichen Abendland, das es so überhaupt nie gegeben hat, sondern es gibt nur ein mutiges Anpacken der Herausforderungen, die Probleme nicht verschweigen, aber die Möglichkeiten sehen, das menschliche Verständnis füreinander ist stärker und wird sich letztlich durchsetzen.

HG: Was bedeutet dies für den Dialog?

Dr.MB: Was dies für den Dialog bedeutet? Es setzt auf jeden Fall voraus, dass wir miteinander im Gespräch sind. Philipp Melanchthon meinte, wir Menschen sind für das Gespräch

miteinander geboren, also gehört es zum Menschsein von Geburt an dazu, gesprächsfähig und gesprächsbereit zu sein. Dazu muss man sich entschließen, den Mut aufbringen,



Bischof Dr. Michael Bünker, Foto: Archiv Göbbel

dass man sich ansprechen lässt und dass man andere anspricht. Und es braucht dazu auch gute Rahmenbedingungen. Vorbild dafür ist in Nürnberg der Rat der Religionen, die Zusammenarbeit in Integrationsforen und vieles andere mehr. Auch das Gespräch der Religionen untereinander ist sehr wichtig, weil es das Vertrauen stärkt, dass die Menschen miteinander ins Gespräch kommen, mit ihren unterschiedlichen Glaubensvorstellungen. Also, zum Dialog gibt es keine Alternative. Er ist wirklich essentiell notwendig.

HG: Vielen Dank, Herr Bischof.

Dr.MB: Gerne.

Horst Göbbel ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates

Der Alte weint in der Kirche...
Der Orgel mächtige Töne?
Des Gebetes heilige Worte?
Was rührt doch seine Seele?
Erstaunt spüre ich auch
Die Tränen in meinen Augen...

Mikhail Godov



Willkommensgruß an der Nürnberger Sebalduskirche; Foto: Archiv Göbbel

Leiter der evangelischen stadtakademie nürnberg, moderierte gekonnt die Podiumsdiskussion „Wahrheit und Dialog“ zwischen German Djanatliev (Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg), Ali Nihat Koc (Begegnungsstube Medina), Dr. Michael Bünker (Bischof der Evangelischen Kirche A.B., Österreich) und Prof. Dr. Ingo Hofmann (Vertreter der Bahá'í). Bischof Dr. Bünker, zugleich Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa, verlieh in dem festlichen Rahmen an die Stadt Nürnberg den Titel „Reformationsstadt Europas“ und übergab die Urkunde an Stadträtin Christine Kayser, die in Vertretung von OB Dr. Ulrich Maly die Rolle Nürnbergs während der Reformationszeit vor 500 Jahren überzeugend vorgetragen hatte. Am Rande der Veranstaltung, die den Dialog zwischen den Menschen unterschiedlicher Religionen hervorhob, stellte ich Bischof Dr. Bünker einige Fragen.

HG: Herr Bischof Dr. Bünker, Pluralität der Religionen, was macht das heute für unsere Welt aus?

zu kommunizieren, aber auch den Glauben der anderen wertzuschätzen, zu respektieren, etwas darüber zu wissen. Dies beginnt mit vielen Informationen, die falsch sind, also gegenseitiges Kennenlernen ist wichtig und der Respekt davor. Genauso wichtig, wie mir meine Glaubensüberzeugung ist, genauso wichtig ist dem anderen die jeweils eigene Glaubensüberzeugung, die ich nicht teilen muss, jedoch respektieren kann, welche Bedeutung sie für den Menschen hat, der mit mir Tür an Tür lebt.

HG: Sie sagten in Ihrer Ansprache, dass das Friedenspotenzial der Religionen überhaupt von großer Bedeutung sei. Manche meinen, heutiger Terrorismus und die vielen Kriege, die es in der Vergangenheit gegeben hat, seien doch immer wieder auch mit Religion verbunden gewesen. Wie kann man da von Friedenspotenzial der Religionen sprechen?

Dr.MB: Natürlich kann man durch viele historische Beispiele belegen, dass Religionen immer auch das Potenzial in sich haben zur Fanatisierung, zur Radikalisierung, auch zur Legitimierung von Gewalt. Auf der anderen

IMPRESSUM

Herausgeber:

Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung
Geschäftsleitung: Friedrich Popp
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-31-85
Telefax 09 11 / 2 31-85-16
www.integrationsrat.nuernberg.de
integrationsrat@stadt.nuernberg.de

Redaktion:

Horst Göbbel, Stergios Oikonomou, Marina Susekov, Friedrich Popp, Gülay Incesu-Asar

Vi.S.d.P.:

Dimitrios Krikelis

Die Artikel geben die Meinung der Verfasser, nicht unbedingt die Meinung des Integrationsrates wieder. Leserbriefes sind der Redaktion willkommen.

Layout, Satz und Druck:

Layout/Satz: OTTO-NORMAL-GRAFIK

Fotos: S. 1 Chr. Dierenbach/Presseamt (Bild von OBM Dr. Maly); Fotoarchive von IR (Integrationsrat), Horst Göbbel, Robert Katianda, Siegfried Kett, AGABY, AH-Heim (Adolph-Hamburger-Heim) u. privat

Druck: Wiedemann & Dassow Druck GmbH

Auflage: 2.500 Exemplare (Juni 2017)

Die Seele im Heimatland, der Geist in der Vergangenheit, der Körper im Pflegeheim

Felix Welz

Immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte sind auf professionelle Pflege angewiesen. Das stellt Pflegeeinrichtungen vor neue Herausforderungen. Ein Besuch im Adolf-Hamburger-Heim in Nürnberg.

Schon aus einiger Entfernung sticht dem Betrachter die prächtige bronzene Kuppel des imposanten Gotteshauses ins Auge. Die alte Nürnberger Synagoge ist schon von weitem zu erkennen und auch aus der Nähe betrachtet, beeindruckt sie durch ihre vielen Säulen und Ornamente, die die Fassade des Gebäudes schmücken. An der Synagoge schiebt sich ein älterer rüstiger Mann mit seinem Rollator vorbei, auf dessen vorderer Ladefläche sich Plastikflaschen türmen, die darauf warten, beim nächsten Supermarkt in Münzgeld umgewandelt zu werden. Ein wenig ziellos sucht der Herr nach dem richtigen Weg und kurvt mit seinem Gefährt entlang der Synagoge auf und ab, bis ihn schließlich ein Sicherheitsmitarbeiter freundlich zurück in sein Zimmer begleitet. Denn die Synagoge steht nicht im Freien, nicht in ihrer ursprünglichen Größe und auch nicht an ihrem ursprünglichen Ort am Hans-Sachs-Platz in der Nürnberger Altstadt, sondern existiert nur noch als Modell in der Eingangshalle des Adolf-Hamburger-Heims in der Nürnberger Nordstadt. Es soll an die ehemalige Synagoge erinnern, die 1938 während der Zeit des Nationalsozialismus abgerissen wurde und seitdem nur noch im Eingangsbereich des Heims zu bewundern ist.

Das Adolf-Hamburger-Heim ist ein Seniorenwohn- und Pflegeheim, dessen Träger die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg gemeinsam mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ist. Die Einrichtung

andere Hälfte besteht aus gemischten Konfessionen.

Ein Schicksal, welches viele der Mitbewohner hier miteinander teilen, ist ihre Migrationsgeschichte. Ein großer Teil stammt ursprünglich aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus verschiedenen Teilen Süd- und Mitteleuropas. Das Adolf-Hamburger-Heim hat sich auf diese besondere Situation eingestellt. Einige der Mitarbeiter sprechen neben Deutsch eine Zweitsprache (meist Russisch) und können sich daher mit den Bewohnern auch in deren Muttersprache verständigen. Das interkulturelle Verständnis beginne schon bei der Beratung, sagt Wolfgang Brockhaus, der Leiter der Einrichtung. Es werden daher Beratungsgespräche in der Muttersprache für die Angehörigen angeboten, „damit sie das bürokratische Deutsch verstehen, ansonsten könne man seine Leistungsansprüche nicht geltend machen, wenn man die Gesetze nicht versteht“. Es sei sehr wichtig, ein kulturelles Verständnis zu entwickeln, um auf die Eigenarten eines jeden Bewohners eingehen zu können.

Vor allem bei Bewohnern mit Demenzerkrankung ist dieses kulturelle Verständnis unabdingbar. Eigentlich seien die Auswirkungen einer Demenzerkrankung bei jedem Menschen gleich. Menschen mit Migrationsgeschichte aber haben Lebenserfahrungen hinter sich, die während der Demenz wieder aufkommen, die man nicht verstehen könne, wenn man deren Herkunft und Sprache nicht kenne. Wenn ein Demenzkranker zum Beispiel in der Ukraine groß geworden ist, dann muss man wissen, was dort die prägenden Lebensgeschichtlichen Ereignisse waren, die in der Demenz verarbeitet werden. Für die Pflegeeinrichtung sei das Wissen darüber wichtig,

einer multiethnischen Einrichtung wie dem Adolf-Hamburger-Heim sei es, dass es Mentalitätsbarrieren zwischen den einzelnen Kulturen gebe und diese Barrieren gelte es in der Pflegearbeit zu erkennen, um damit sensibel

die Mitarbeiter des Hauses Kommunikations Schulungen, um auf diese Probleme besser eingestellt zu sein.

Allerdings sind die meisten Pflegeheime in Nürnberg immer noch monokulturell ge-



Das Modell der zerstörten Synagoge im Eingangsbereich des Seniorenheims; Foto: Archiv AH-Heim

umgehen zu können. Als Beispiel nennt Herr Brockhaus, dass sich Menschen aus Osteuropa schwerer damit tun, über ein spezielles Krankheitsbild offen zu sprechen, da man in dieser Kultur verschlossener sei, da in der ehemaligen Sowjetunion keine offene Gesellschaft herrschte und die Menschen es nicht gelernt haben, offen ihre Meinung zu äußern, bzw. in dieser geschlossenen Gesellschaft die freie Meinungsäußerung nicht erwünscht war. Aber um die Geschichte des Bewohners

prägt, zum größten Teil stammen die Bewohner in den meisten Heimen ursprünglich aus Deutschland. Das hänge auch damit zusammen, so Brockhaus, dass bei Menschen mit Migrationsbiographie das kulturelle Verständnis von Alter ein anderes sei, d.h. man gibt seinen Angehörigen nicht in eine Pflegeeinrichtung, sondern fühlt sich verpflichtet, sich selbst um ihn zu kümmern. Der Bedarf an institutionalisierten Pflegeeinrichtungen sei aber trotzdem da. Es wäre aber eine negative Entwicklung aufgrund dessen bestimmte Spezialeinrichtungen zu schaffen, denn die Senioren brauchen die Herausforderungen der Vielfalt und keine monokulturelle Paralleleinrichtung. Eine Einrichtung müsse die Stadtgesellschaft widerspiegeln, so sollte vom Sozialhilfeempfänger bis zum Besserverdiener, bis zu den verschiedensten Migrationsbiographien in einem Heim jeder vertreten sein. Die Stigmatisierungen sollten abgeschafft werden, also Integration und Inklusion muss auch im Pflegeheim fortgeführt werden. „Ein lebendiges Miteinander muss auch in den Heimen gelebt werden, keine Segregation, sondern ein gelebtes Miteinander sollte stattfinden. Wir müssen als Menschen in der Lage sein, ein Miteinander zu gestalten, bei aller Unterschiedlichkeit, durch Schaffung von Begegnungen, durch Schaffung von Kennenlernen, durch Schaffung von gutem Miteinander und Respekt voreinander, vor dem Anderssein des Anderen... darauf kommt es an“, so Brockhaus am Ende des Gesprächs.

Felix Welz studiert Soziale Arbeit, er war Praktikant in der Geschäftsstelle des Integrationsrates



Alltag im Adolf-Hamburger Seniorenwohn- und Pflegeheim; Foto: Archiv AH-Heim

beherbergt insgesamt 90 Bewohner, die auf insgesamt 74 Zimmer aufgeteilt sind. Etwa 50 Prozent der hier Lebenden sind Juden, die

damit eine Sensibilisierung stattfinden könne, um mit solch einem Thema adäquat umgehen zu können, so Brockhaus. Das Besondere an

zu verstehen, bedarf es Offenheit und daher sei es schwierig, die notwendigen Informationen zu erhalten. Aus diesem Grund erhalten

„Ein Nest“
fürs Wohnen braucht jedes Wesen:
Die Seele scheint mir manchmal
obdachlos ...

Mikhail Godov

Was macht das Projekt BLEIB für Flüchtlinge?

Claudia Geßl

Unser Projekt „BLEIB II“ begann am 1.7.2015 und ist auf vier Jahre angelegt und mit einer Vollzeitstelle ausgestattet. Es

pass abgeben. Aus verständlichen Gründen würde keiner am Ast sägen, auf dem er sitzt und außerdem gibt es viele Herkunftsländer,



BLEIB-Informationveranstaltung 2016; Foto: Archiv IR

ist im bayernweiten Netzwerk FIBA2 mit dem Handlungsschwerpunkt „Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF)“ angesiedelt und wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Es hat zum Ziel, Asylbewerber/-innen, Flüchtlinge und Geduldete mit nachrangigem Arbeitsmarktzugang unabhängig ihres Herkunftslandes bildungs- und arbeitsmarktorientiert zu beraten. Mehrere hundert Personen konnten seit 2 Jahren gemeinsam mit unserem BLEIB Partner AAU e.V. (Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer) in berufsbezogene Deutschkurse, die sog. ESF-BAMF Kurse, vermittelt sowie bei der Suche nach Arbeit, Ausbildung, Schule, weiterführende Qualifikationen oder Studium unterstützt werden.

Der Integrationsrat berät schwerpunktmäßig Geflüchtete mit höherer Schulbildung, die Schulabschlüsse nachholen möchten, oder Geflüchtete mit akademischer Aus- oder Vorbildung, die z.B. weiter studieren wollen. Dabei stehen auch ausländische und asylrechtliche Fragen im Mittelpunkt der berufsorientierenden Beratung. Gleichzeitig informieren und sensibilisieren wir die Öffentlichkeit über die Probleme Geduldeter und Gestatteter in Nürnberg und Umgebung. Die Anstrengungen haben sich gelohnt: Bis jetzt haben wir ca. 600 Asylsuchende im Projekt betreut. Etwa 50 Geflüchtete befinden sich im Studium, Studienkolleg, an der Fachoberschule, in DSH-Kursen an der FAU, im 2. Bildungsweg (Hermann-Kesten-Kolleg) oder an der Berufsfachschule, 273 Teilnehmer/-innen konnten in ESF-berufsbezogene Sprachkurse vermittelt werden. Die Teilnehmenden kommen aus Afghanistan, Äthiopien, Aserbaidschan, Armenien, Irak, Iran, Pakistan, der Ukraine, Uganda usw.

Unser Schwerpunkt, Beratung für Geduldete und Gestattete, die studieren möchten, ist aus der Problemlage entstanden, dass es seit 2005 kaum mehr möglich ist, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde das Leben für geduldete Flüchtlinge stark eingeschränkt, da sie nur arbeiten dürfen, wenn sie bei ihrer eigenen Abschiebung mitwirken und den National-

pass abgeben. Aus verständlichen Gründen würde keiner am Ast sägen, auf dem er sitzt und außerdem gibt es viele Herkunftsländer, die ihre Oppositionellen gar nicht zurück haben wollen oder mit Deutschland keine Rückübernahmeabkommen abschließen wollen. Auch Betroffene aus diesen Ländern wie z.B. dem Iran oder Äthiopien dürfen mit Duldung in Nürnberg nicht arbeiten, obwohl sie die Gründe nicht selbst zu vertreten haben, aus denen sie nicht abgeschoben werden können. Eine Ausnahme gab es für Geduldete aus dem Irak, sie erhielten eine Arbeitserlaubnis, da die tatsächliche Abschiebung mangels Flugverbindungen unmöglich war. Seit 2005 setzt sich der Integrationsrat (vormals Ausländerbeirat) für die Abschaffung des Arbeitsverbotes ein. Es ist nicht einzusehen, dass Menschen, die Arbeit finden und sich sprachlich gut integriert haben, keine Genehmigung bekommen und stattdessen gezwungen werden, von Sozialhilfe (nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) leben zu müssen – und dies teilweise über Jahrzehnte.

Im Jahr 2017 stehen wir immer noch vor dem Problem der Arbeitsverbote für Geduldete und Gestattete.

In Deutschland dürfen Menschen im Asylverfahren nach 3 Monaten nachrangig (durch Prüfung durch die Agentur für Arbeit) arbeiten, dies wurde bis Ende 2016 so praktiziert. Seit Anfang des Jahres bekommt kein Einziger aus unserem Projekt mehr eine Arbeitserlaubnis, da das Bayerische Innenministerium eine Anweisung ausgab, die besagt, dass Abschiebungen Vorrang hätten und nur Flüchtlinge mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit (Somalia, Syrien, Irak, Iran, Eritrea) nach 3 Monaten arbeiten dürfen. Besonders strikt wird das in Nürnberg gehandhabt. Beinahe täglich rufen verzweifelte Betroffene, Ehrenamtliche oder Arbeitgeber an. Sie möchten wissen, warum die Ausländerbehörde auch bei IrakerInnen, IranerInnen etc., die noch eine Aufenthaltsgestattung haben, keine Erlaubnis zur Ausbildung oder zur Arbeit/Praktikum erteilt. Sobald das BAMF einen Asylantrag ablehnt, obwohl noch die Klage gegen dieses Urteil am Gericht anhängig und die Chance sehr hoch ist, vor Gericht zu gewinnen, wird dieser Spielraum sehr eng ausgelegt.

Auch die Auslegung des § 60a zur Ausbildungsduldung ist (bundesweit einzigartig) in Bayern zur Farce verkommen. Nach Einschätzung von Pro Asyl liegt ein Rechtsbruch gegenüber der eigentlich geplanten positiven Intention des Gesetzgebers vor. In einer Stellungnahme der Experten Hubert Heinhold ist zu lesen:

„Das IMS vom 01.09.2016 hebt den Anwendungsbereich von § 60a II 4 AufenthG nahezu vollständig aus. Es gibt bei wortgetreuer Befolgung kaum einen Anwendungsbereich für die sog. Ausbildungsduldung. Der vom Bundesgesetzgeber eingeführte Rechtsanspruch ist obsolet.“

Das IMS verfährt in diesen Bereichen wie ein autoritärer Vater aus dem vorletzten Jahrhundert mit einem unmündigen Kind: Von dir aus darfst du gar nichts, aber ich kann dir alles erlauben – wenn ich will.

Der rigiden Verweigerung eines Rechtsanspruchs des § 60a II 4 AufenthG steht die Erlaubnis zu einer relativ großzügigen Interpretation der Ermessensvorschriften gegenüber. Besser wäre es, das Bayerische Innenministerium würde den Betrieben – und den Auszubildenden – die erforderliche Planungssicherheit durch eine sinn- und zweckgemäße Auslegung der bundesgesetzlichen Regelung entsprechend den Absichten der Großen Koalition und der Bundesratsmehrheit geben.“

Ebenso appellierte Oberbürgermeister Dieter Reiter der Landeshauptstadt München in einem Schreiben an Ministerpräsident Horst Seehofer, die Regelung zur Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme für Geflüchtete nach dem Bundesintegrationsgesetz auch in Bayern umzusetzen und den derzeit restriktiven Kurs der Bayerischen Staatsregierung zu überdenken und zu korrigieren. Die unklare und unsichere rechtliche Situation in Bayern, so der Oberbürgermeister, habe nicht nur bei den jungen arbeits- und ausbildungswilligen Geflüchteten zu großer Unruhe geführt, sondern auch Unmut und Verunsicherung bei den Unternehmen und Ausbildungsbetrieben hervorgerufen.

„Dies erfordert :

- eine Änderung der Weisung durch das IMS an die Ausländerbehörden in dem Sinne, dass bei Vorliegen eines Ausbildungsvertrages für abgelehnte Asylsuchende eine Beschäftigungserlaubnis und damit eine Ausbildungs-

duldung für die gesamte Dauer der Ausbildung erteilt wird;

- eine Rücknahme der im IMS vorgenommenen Interpretation, dass bereits die Klärung der Identität des Ausländers als „konkrete Maßnahme zur Aufenthaltsbeendigung“ verstanden wird;

- eine Erleichterung für die Aufnahme von Beschäftigung auch für abgelehnte Asylbewerber, soweit eine Rückkehr ins Heimatland zeitlich nicht sofort absehbar ist. Einzelfallentscheidungen sollen auch für Personen aus den sog. sicheren Herkunftsstaaten möglich sein;

- die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis bzw. einer Ausbildungsduldung für die Absolventinnen und Absolventen der Berufsintegrationsklassen und schulanalogen Projekte, wenn die Aussicht auf Aufnahme einer Ausbildung besteht;

- die Erteilung der Beschäftigungserlaubnis während des laufenden Asylverfahrens nicht an die sogenannte Bleibewahrscheinlichkeit zu knüpfen und damit den Ausgang von individuellen Asylverfahren bzw. Klageverfahren vorweg zu nehmen.“

Rathaus Umschau 38 München, veröffentlicht am 23.02.2017

<<https://ru.muenchen.de/2017/38>>

Das Ausländeramt München prüft inzwischen jeden Einzelfall individuell, so dass z.B. auch Menschen aus der Ukraine mit Aufenthaltsgestattung eine Arbeitserlaubnis erhalten können.

Das ungerechtfertigte Versagen der Arbeitserlaubnis muss endlich ein Ende haben. Das Bekanntwerden der Arbeitsverbote in der Öffentlichkeit soll darauf hinwirken, dass Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung und Geduldete nicht weiter diskriminiert werden und ein Recht auf Integration erhalten.

Claudia Geßl ist Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des Integrationsrates für das Projekt „BLEIB in Nürnberg“



BLEIB-Infoveranstaltung; Foto: Archiv IR

Was macht der Integrationsrat?



Dimitrios Krikelis eröffnet die Interkulturellen Wochen 2016 im Nachbarschaftshaus Gostenhof mit Mitra Sharifi und Friedrich Popp; Foto: Archiv IR



Veranstaltung des Integrationsrates zum Integrationsgesetz (Eröffnung der Interkulturellen Wochen 2016 im Nachbarschaftshaus); Foto: Archiv IR



Die Integrationsräte erarbeiten bei einer Klausurtagung in Schney ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre; Foto: Archiv IR



Dieter Maly, der Leiter des Sozialamtes, berichtet im Arbeitsausschuss Soziales des Integrationsrates über die soziale Situation der Flüchtlinge und Zuwanderer in Nürnberg; Foto: Archiv IR



Integrationsräte diskutieren vor der Lorenzkirche mit Passanten anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21.03.2017; Foto: Archiv IR



Integrationsräte besuchten den türkischen Verein ADD – Atatürkçü Düşünce Derneği und berichteten über die Arbeit des Integrationsrates; Foto: privat (Archiv ADD)

Aus der Arbeit des Integrationsrates (Juni 2016 bis Mai 2017)

Dimitrios Krikelis

Die Wahl zum Integrationsrat (IR) fand am 13. März 2016 statt. Die konstituierende Sitzung konnte aus formalen Gründen jedoch erst am 16. Juni 2016 durchgeführt werden.

und die sonstigen gesetzlichen Vorgaben als gesellschaftliche Leitlinien vollkommen aus. In der zweiten Sitzung des IR, im Oktober, entschied das Gremium über die Aufgaben-

* Auch mit dem Leiter des Einwohneramtes (Ausländerbehörde) gab es ein ausführliches und konstruktives Gespräch. Die Mitglieder des Integrationsrates führten

Info WIR Nr. 3)

* Abbau der Benachteiligung von Schülern mit Migrationshintergrund im Bildungswesen (siehe Info WIR Nr. 4)



Derya Yildirim, Robert Katianda, Dimitrios Krikelis, Friedrich Popp, Oxana Strobel, Hediye Erdem u. Ilhan Postaloglu im Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates; Foto: Archiv Göbbel

In der ersten Sitzung wurden der Vorsitzende (Dimitrios Krikelis) mit seinen Stellvertreter/innen (Lemia Yiyit, Oxana Strobel, Robert Katianda) sowie die weiteren Mitglieder des erweiterten Vorstandes (Horst Göbbel, Cellettin Avci, Stergios Oikonomou, Gustavo Rodriguez u. Sevcen Ketten) gewählt. In einigen internen Seminaren und Sitzungen wurden die neugewählten Mitglieder in ihr Aufgabenfeld eingeführt, sie erhielten erste Einblicke in den Aufbau der Stadtverwaltung und über die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf die Kommunalpolitik.

Im Sommer gab es mehrere Ausschusssitzungen mit verschiedenen Themen:

* Diskussion über anstehende Aktivitäten wie Interkulturelle Wochen, Interkultureller Preis, Herbstseminar etc.

* Das kommunale Maßnahmenpaket "Neue Integrationsaufgabe Flüchtlinge" wurde in Grundzügen vorgestellt.

* Der erweiterte Vorstand begutachtete die Zuschussvergabe für „interkulturelle Initiativen und Projekte“ sowie für „sprachliche und schulische Integration“.

* Das Menschenrechtsbüro stellte seine umfangreiche Arbeit, insbesondere in Bezug auf Diskriminierungsfragen vor.

* Der erweiterte Vorstand nahm das erste Mal im Juni an einer Kommissionssitzung für Integration des Stadtrats teil.

* Integrationsratsmitglieder betreuten am Südstadtfest einen Infostand und stellten sich ihren Wähler/innen vor Ort.

Der Herbst wurde mit den Interkulturellen Wochen eingeleitet. Im Nachbarschaftshaus Gostenhof fand als Auftaktveranstaltung eine Diskussion über das „Bayerische Integrationsgesetz“ statt. Dabei war es dem Integrationsrat nicht gelungen, einen Verteidiger des Gesetzes zu gewinnen, so dass nur die vielen Kritikpunkte am Gesetzentwurf vorgetragen wurden. Der IR schickte dem Landtag eine eigene Stellungnahme zum Gesetz, er unterstützte aber auch die Demonstration gegen das sog. „Ausgrenzungsgesetz“ (AGABY, DGB u.a.). Im Mittelpunkt der Kritik stand die in Bayern gesetzlich festgeschriebene „Leitkultur“. Nach Ansicht des Integrationsrates und anderer Kritiker reichen die Menschenrechte

verteilung. Die Aufgaben wurden in einzelne Arbeitsausschüsse aufgeteilt wie „Bildung, Soziales, Flüchtlinge, Wirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit u. Zuschüsse“. Darüber hinaus wurden Beauftragte für verschiedene Themen und Arbeitskreise sowie die Delegierten für die AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns) benannt.

im November ein sehr produktives Arbeitsseminar in Schloss Schney durch. Man einigte sich, zukünftig zwei Themen besonders weiter zu verfolgen:

a) Der Integrationsrat schlägt eine Zentrale Anlaufstelle Integration vor, bei der alle Neuzuwanderer die nötigen Informationen aus erster Hand erhalten können.

b) Es wird eine Reform der Personalpolitik ge-

* Den Vergaberichtlinien zur Förderung der schulischen und sprachlichen Integration

* Das Thema „Integration“ soll ein fester Bestandteil in den Bürgerversammlungen werden etc.

Der Schulbürgermeister, Herr Dr. Gsell, nahm in einer Sitzung des Integrationsrates ausführlich Stellung zur Situation an den Schulen. Auch der Sozialreferent, Herr Pröll, kam in die Sitzung des Integrationsrates, um über die Situation der Flüchtlinge in Nürnberg zu berichten. Mit dem scheidenden Personalreferenten, Herrn Köhler, gab es eine heftige und kontroverse Debatte in der Integrationskommission im Dezember über die – aus Sicht des Integrationsrates unzureichende – Personalpolitik der Stadt hinsichtlich interkultureller Öffnung. Beim neuen Personalreferenten, Hr. Riedel, scheint das Anliegen des Integrationsrates auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Im Dezember 2016 vergab der IR den von einer Jury ausgewählten Interkulturellen Preis an die Sprach- und Kulturvermittler des Zentrums Aktiver Bürger ZAB.

Ende Januar kamen ca. 400 Personen zum Neujahrsempfang des Integrationsrats zusammen. Es war eine Gelegenheit des Gesprächs von Integrationsräten mit Kommunalpolitikern und Vereinsvertretern und zahlreichen Menschen mit Migrationsgeschichte.

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus führte der Integrationsrat eine Aktion vor der Lorenzkirche durch (Infostand, Sammlung von Fragen „Was ist Vielfalt?“ an einer Pinnwand, siehe Foto auf S. 1).

Einige Mitglieder des IR besuchten einzelne Migrantenvereine, um über die Arbeit des IR zu berichten und Fragen verschiedener Art zu beantworten. Diese Vereinsbesuche sollen systematisch fortgesetzt werden. Im Mai diskutierte der IR mit dem neuen Personalreferenten Harald Riedel über die Notwendigkeit, die Personalpolitik der Stadt grundlegend zu reformieren.

Der IR hat zwar erst ein knappes Jahr kommunalpolitischer Praxis hinter sich, er wird jedoch die Arbeit mit weiteren konstruktiven und kritischen Beiträgen fortsetzen.

Dimitrios Krikelis ist Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Nürnberg



Dimitrios Krikelis spricht über das Bayerische Integrationsgesetz; Archiv IR

Im Herbst und Winter gab es verschiedene Termine, unter anderem zu

* Vorstellung der Elternlotsen im Bildungsreich, angesiedelt beim Pädagogischen Institut

* Vorstellung der Arbeit des Flüchtlingsprojekts „BLEIB“

* Vorstellung der Arbeit des AAU e.V. (Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer)

* Die Mitglieder der Koordinierungsgruppe Integration stellten sich und ihr Aufgabengebiet vor

* Das KuF (Amt für Kultur und Freizeit) stellte seine Arbeit, insbesondere die Projekte der interkulturellen Vereinsarbeit vor

* Ein Vertreter des Wirtschaftsreferates sprach zum Bereich ethnische Ökonomie

fordert, damit die Stadt Nürnberg mehr Menschen mit Migrationshintergrund einstellt.

In weiteren Vollversammlungen im November 2016 sowie Januar und März 2017

gab es Beschlüsse zu

* Erhalt der Stelle des Beauftragten für Diskriminierungsfragen

* dem Haushalt 2017

* Benennung von fünf sachverständigen Mitgliedern für den Integrationsrat

* Forderung nach einer Zentralen Anlaufstelle Integration, bei der alle integrationspolitischen Aufgaben gebündelt und koordiniert werden sollen (siehe Info WIR Nr. 2)

* Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und mit interkultureller Kompetenz bei der Stadt Nürnberg (siehe